



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1962

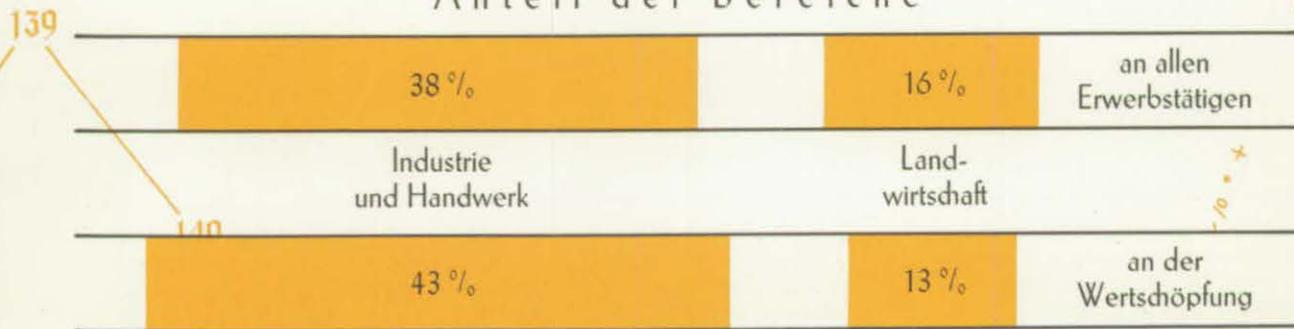
- Aufsätze:
- Hochschullehrer 1960
 - Berufsbildende Schulen 1961
 - Grenzüberschreitender Reiseverkehr
 - Postleistungen
 - Krafffahrzeugbestand 1961
 - Soziale Rentenversicherung
 - Bausparkassen 1961
 - Verbraucherpreise

- Kurzberichte:
- Ingenieurschulen
 - Heizölverbrauch
 - Schwerbeschädigte

Graphik des Monats: Karte Industriebeschäftigte

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1961	1962	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950=100	276	278	+ 1
Beschäftigte ³	1 000	174	176	+ 2
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	569	593	+ 4
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	24	24	- 2
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	10,4	p 10,0	- 4
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 259	2 398	+ 6
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	84,0	81,2	- 3
Einzelhandelsumsatz	1961=100	97	108	+ 11
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 791	5 344	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	93	94	+ 1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	130	133	+ 2
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1958=100	101,7	103,0	+ 1
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1957/59=100	99,2	107,3	+ 8
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958=100	104,9	109,3	+ 4
Ernährung	1958=100	103,9	110,3	+ 6
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 372	1 541	+ 12
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	3 114	3 653	+ 17
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	1 605	1 830	+ 14
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	37	39	+ 6
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	53	58	+ 9
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	34	37	+ 11
Lohnsteuer	Mill. DM	20	24	+ 18

1) bei "Geld und Kredit": Februar bis Juni 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschliesslich Landesanteil an den Einkommensteuern

I N H A L T

10/62

Aktuelle Auslese	305
Aus dem Inhalt	306-307
Aufsätze	
Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Kiel 1960	308-309
Die berufsbildenden Schulen 1961	309-311
Der grenzüberschreitende Reiseverkehr in den Jahren 1959 bis 1961	311-313
Postleistungen 1960 und 1961	313-315
Der Kraftfahrzeugbestand im Jahre 1961	315-317
Soziale Rentenversicherung 1952 bis 1961	318-319
Die Bausparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1961	319-323
Die Entwicklung der Verbraucherpreise	323-327
Kurzberichte	
Ingenieurschulen 1961/62.	327-328
Der industrielle Heizölverbrauch	328
Schwerbeschädigte am 30. 6. 1962.	328
Graphik des Monats	320-321
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel.	329-334
Kreiszahlen	335
Schleswig-Holstein im Bund	336
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1962

Ehescheidungen 1960
Bauwirtschaft 1961
Fremdenverkehr Sommer 1961
Kapitalgesellschaften 1961
Steueraufkommen 1961
Schweinebestand März 1962
Streiks

Heft 6/1962

Milchwirtschaft 1961
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61
Löhne in der Landwirtschaft 1961
Industrie 1961
Handwerk 1961
Zahlungsschwierigkeiten 1961
Kommunaler Finanzausgleich
Lehrernachwuchs
Pädagogische Hochschulen
Akademische Prüfungen

Heft 7/1962

Kommunalwahlen März 1962
Bodennutzungssysteme
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Boden- und Kommunalkreditinstitute

Heft 8/1962

Wohnbevölkerung nach der Volkszählung
Kredite und Einlagen 1961
Meldepflichtige Krankheiten
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer
Öffentliche Verschuldung
Hypotheken 1961
Klassifizierte Straßen
Verkehr der Bundesbahn
Ausländer 1961
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Baumschulen 1961

Heft 9/1962

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

14. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1962

Aktuelle Auslese

ENDGÜLTIGES WAHLERGEBNIS



Bei den Landtagswahlen am 23. September 1962 in Schleswig-Holstein war die Wahlbeteiligung mit 70,1% besonders niedrig. Sie ist lediglich bei der Landtagswahl 1947 mit 69,8% noch etwas niedriger gewesen.

Die Stimmen verteilen sich prozentual auf die Parteien wie folgt:

	CDU	SPD	FDP	GDP	SSW
Landtagswahl 1962	45,0	39,2	7,9	4,2	2,3
Landtagswahl 1958	44,4	35,9	5,4	9,7 ^a	2,8
Bundestagswahl ¹ 1961	41,8	36,4	13,8	3,9	1,9
Kreistagswahl 1962	42,3	38,3	10,7	4,8	2,5

1) Zweitstimmen a) GB/BHE und DP

Die beiden größten Parteien haben noch in keiner Wahl nach dem Kriege einen so hohen Stimmenanteil (84,3%) auf sich vereinigen können wie zur Landtagswahl 1962. Die hier nicht aufgeführten Parteien (DFU und DG) sind nach wie vor bedeutungslos.

Von den zu verteilenden 69 Landtagssitzen erhielt die CDU 34 (ein Sitz mehr als 1958), die SPD 29 (+ 3), die FDP 5 (+ 2) und der SSW 1 (- 1).

IMMER NOCH MEHR PKW



Anfang Juli 1962 gab es in Schleswig-Holstein 245 000 Personenkraftwagen. Vor einem Jahr hatte der Bestand an Personenkraftwagen knapp 206 000 Fahrzeuge betragen. Der Anteil der Personenkraftwagen am gesamten Kraftfahrzeugbestand machte 1962 knapp 65% aus. Ein Jahr zuvor hatte er 60% betragen.



UMSATZENTWICKLUNG 1961 GÜNSTIGER ALS IM BUND

Die Zuwachsrate des Umsatzes der Wirtschaft war 1961 in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu den Vorjahren größer als im Bund. Sie betrug in Schleswig-Holstein 10%, während es im Durchschnitt aller Bundesländer nur 8% waren. Die Entwicklung im produzierenden Gewerbe und im Einzelhandel war in Schleswig-Holstein besonders günstig. Im einzelnen ergaben sich folgende Zuwachsraten (in %):

	Schleswig-Holst.	Bund
Insgesamt	10	8
Produzierendes Gewerbe	11	9
Industrie	8	8
Handwerk	11	11
Großhandel	7	6
Einzelhandel	11	10

154 000 STÄNDIG BESCHÄFTIGTE ARBEITSKRÄFTE IN DER LANDWIRTSCHAFT



Im Durchschnitt der Monate November 1960 bis Oktober 1961 waren in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft 154 200 Personen ständig beschäftigt. Davon waren 42 300 Betriebsinhaber, 73 500 Familienangehörige der Betriebsinhaber und 38 400 familienfremde Personen.

KOPFKOHLANBAU WEITER EINGESCHRÄNKT

Im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1961 befanden sich 28% der Kopfkohlbaupflanzfläche des gesamten Bundesgebietes in Schleswig-Holstein. Hier ist der Kopfkohlbaubau 1962 aber weiter eingeschränkt worden und umfaßt mit 3 400 ha nur noch rund ein Drittel des gesamten Gemüseanbaues auf dem Freiland zum Verkauf (1950: 60%).

Aus dem Inhalt

Hochschullehrer 1960

Seite 308

Zur Universität in Kiel zählten im November 1960 99 Lehrstuhlinhaber, und zwar 83 ordentliche und 16 außerordentliche Professoren. Von dem gesamten Lehrkörper der Universität gehörten nur 17% zu den Hochschullehrern im engeren Sinne. Zum Hochschullehrernachwuchs rechneten 70 außerplanmäßige Professoren und 88 Dozenten. Die Nachwuchsdichte war in Kiel mit 1,6 habilitierten Nichtordinarien auf einen Lehrstuhlinhaber überdurchschnittlich hoch. - Die meisten Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter, nämlich 39%, waren Mediziner. In diesem Fachgebiet war auch die Nachwuchsdichte mit 3,8 habilitierten Nichtordinarien je Lehrstuhlinhaber am größten. Recht gering war der Nachwuchs bei den Fachgebieten Theologie und Wirtschaftswissenschaft.

Berufsbildende Schulen 1961

Seite 309

Die Berufsschulen Schleswig-Holsteins wurden im November 1961 von 69 600 Jugendlichen besucht. Damit hat die Schülerzahl weiterhin abgenommen, und zwar gegenüber 1960 um 8%. Von den Berufsschülern waren 56 800 Lehrlinge. Dabei hatten die kaufmännischen Berufe und die Metallberufe die weitaus meisten Lehrlinge aufzuweisen, nämlich zusammen über die Hälfte aller Lehrlinge. - Zu den Berufsfachschulen zählen vor allem die kaufmännischen Schulen (Handelsschulen), die hauswirtschaftlichen Berufsfachschulen und die Schulen für Kinderpflegerinnen. 1961 besuchten rund 2 800 Schüler eine Berufsfachschule, wobei der Anteil der Mädchen 73% ausmachte. - Die Fachschulen weisen in ihrer fachlichen Gliederung eine große Mannigfaltigkeit auf. Sie umfassen Landwirtschaftsschulen, Frauenfachschulen, Schulen für Kindergärtnerinnen, Krankenpflegeschulen, aber auch Gymnastikschulen und Werkkunstschulen. Die Fachschulen hatten 1961 rund 5 800 Schüler.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr

Seite 311

Im Jahre 1961 reisten 7,3 Mill. Personen aus dem Ausland über die Grenze nach Schleswig-Holstein ein; das ist die höchste Zahl, die nach dem letzten Kriege jemals in einem Jahr erreicht wurde. Die Zahl der Landübergänge umfaßte etwa drei Viertel aller Einreisen, die der Übergänge über Seehäfen ein Viertel. Während die Einreisen im Schiffsverkehr von Jahr zu Jahr gestiegen sind, sind sie zu Lande in den Jahren 1959 und 1960 zum Teil erheblich zurückgegangen.

Postleistungen

Seite 313

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 263 Mill. Briefe, Karten und Drucksachen eingeliefert. Gegenüber 1960 bedeutet das eine Steigerung von 4%. Stärker als bei den normalen Sendungen ist der Zuwachs bei den eingeschriebenen Briefen gewesen

(+ 9%). Auch die Zahl der versandten Pakete hat ständig zugenommen, wengleich hier - wie auch bei den Briefsendungen - die Zuwachsraten im Vergleich zu den Jahren des wirtschaftlichen Aufbaus kleiner werden. - Die Zahl der Fernsprechstellen in Schleswig-Holstein gibt die Bundespost für 1961 mit 207 000 Stück an. Gegenüber 1960 haben sie um 9% zugenommen. Stärker als die Zahl der Fernsprechstellen stieg die Zahl der Gespräche. - Bei den Fernsehgeräten ist die Entwicklung immer noch sehr stürmisch, wengleich auch hier die Zuwachsraten allmählich kleiner werden. So waren 1960 noch 40% mehr Fernsehrundfunkgenehmigungen erteilt worden als 1959; die Zuwachsrate betrug 1961 aber nur noch 28%. 1961 gab es in Schleswig-Holstein knapp 700 000 angemeldete Radiogeräte und 256 000 Fernsehgeräte. - Im Postsparkassendienst war 1960 erstmalig die Summe der Rückzahlungen höher als die der Einlagen gewesen, die Sparer hatten also auf ihre Guthaben zurückgegriffen. Diese Entwicklung hat sich 1961 weiter fortgesetzt.

Kraftfahrzeugbestand 1961

Seite 315

Am 1. 7. 1961 wurden in Schleswig-Holstein 341 000 Kraftfahrzeuge gezählt, von denen 60% Personenkraftwagen waren, während 1958 der Anteil der Personenkraftwagen erst bei 46% lag. 1961 nahmen die Pkw um 20% zu bei einem durchschnittlichen Zuwachs des Kraftfahrzeugbestandes von 11%. Die Zahl der Kraftfahrzeuge hat weiterhin abgenommen. - Während im Bundesdurchschnitt 160 Kraftfahrzeuge auf 1 000 Einwohner kommen, sind es in Schleswig-Holstein nur 148. Die größte Fahrzeugdichte hat Bayern mit 182. - Reichlich die Hälfte der Pkw gehören Arbeitern, Angestellten und Beamten.

Soziale Rentenversicherung

Seite 318

Im Jahre 1961 beliefen sich die Leistungen in der sozialen Rentenversicherung in Schleswig-Holstein auf 612 Mill. DM. Davon entfielen auf die Arbeiterrentenversicherung 391 Mill. DM und auf die Angestelltenrentenversicherung 222 Mill. DM. - Der Gesamtaufwand der Rentenversicherung in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Die Entwicklung nach Versicherungszweigen war allerdings unterschiedlich. Die Ausgaben der Angestelltenrentenversicherung stiegen um 236%, die der Arbeiterrentenversicherung um 176%. - Die Zahl der Renten ist ebenfalls gestiegen. Der Rentenzugang war größer als der Rentenwegfall. Die Zahl der Renten der Arbeiterrentenversicherung stieg seit 1952 um 7,3%, die der Angestelltenrentenversicherung um 22,5%.

Bausparkassen 1961

Seite 319

Bei den privaten und öffentlichen Bausparkassen wurden 1961 in Schleswig-Holstein 25% mehr Neubausparverträge abgeschlossen als 1960. Die Zuwachsrate im Bundesgebiet betrug nur 8%. Die Bau-

sparsumme der Neuverträge war in Schleswig-Holstein mit 361 Mill. DM um 33% höher als im Vorjahr. Im Bundesgebiet betrug diese Summe 12 Mrd. DM und war um 12% höher als 1960. - 1961 wurden die Neuverträge im Durchschnitt wieder über höhere Summen abgeschlossen; die durchschnittliche Bau-sparsumme je Vertrag lag in Schleswig-Holstein 1960 bei 16 600 DM und 1961 bei 17 600 DM. Für das Bundesgebiet betragen die entsprechenden Werte 18 700 DM und 19 400 DM. - Die meisten Bau-sparer in der Bundesrepublik waren Arbeitnehmer. Auch die Mehrzahl der Neuabschlüsse des Jahres 1961 wurde von ihnen getätigt. Von 1 000 Verträgen entfielen auf sie 630. Von 1 000 DM Vertrags-summe stellten die Arbeitnehmer 550 DM.

Verbraucherpreise

Seite 323

In den 12 Jahren seit 1950 haben sich die Verbraucherpreise im Schnitt um nahezu ein Viertel erhöht. Billiger wurden in diesem Zeitabschnitt nur die Getränke und Tabakwaren. In allen anderen Bedarfsgruppen sind die Preise gestiegen. Am geringsten in den Gruppen "Bekleidung" und "Hausrat", am stärksten in den Gruppen "Heizung und Beleuchtung" sowie "Wohnung". - Von Dezember 1960 bis Dezember 1961 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 3,1%; das war die stärkste Erhöhung der Verbraucherpreise seit dem außergewöhnlichen Anstieg im Jahre 1951. Im Gegensatz zu der Entwicklung im Jahre 1960 waren an dem Preisanstieg des letzten Jahres gerade die Nahrungsmittel erheblich beteiligt. In der ersten Jahreshälfte 1962 setzte sich der beachtliche Anstieg der Verbraucherpreise fort, wiederum getragen durch die Verteuerung der Ernährung.

Ingenieurschulen

Seite 327

In Schleswig-Holstein bestanden im Wintersemester 1961/62 6 Ingenieurschulen, in denen 2 133 deutsche und 22 ausländische Studierende eingeschrieben waren. Die Zahl der Studierenden hat damit weiterhin zugenommen und lag um 314 höher als im Winter 1960/61. Von den Studierenden hatten 32% Physik und 29% Bauwesen belegt.

Heizölverbrauch

Seite 328

Die schleswig-holsteinische Industrie verbrauchte 1961 über 600 000 t Heizöl. Der Heizölverbrauch hat in den letzten Jahren ständig zugenommen, dagegen ist der Kohleverbrauch seit 1955 rückläufig. - Eine kräftige Ausweitung ist auch hier bei der Erzeugung von Heizöl festzustellen. Sie deckte 1961 nahezu den industriellen Heizölverbrauch. - Verbrauchsschwerpunkt für Heizöl war die Industrie der Steine und Erden, das sind in der Hauptsache Zementwerke, Ziegeleien und Kalksandsteinfabriken. Auf diese Industriegruppe entfielen 1961 knapp vier Zehntel des gesamten industriellen Heizölverbrauchs.

Schwerbeschädigte

Seite 328

Die Zahl der nach dem Schwerbeschädigtengesetz geschützten Personen hat weiterhin leicht zugenommen und betrug Mitte 1962 fast 36 000. Von den einzelnen Personengruppen, die das Gesetz unterscheidet, verringern nur die Schwerkriegsbeschädigten ihre Zahl; alle anderen Gruppen nehmen seit Jahren langsam an Umfang zu.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Landkreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Kiel 1960

Im November 1960 wurde eine statistische Erhebung der Hochschullehrer und des sonstigen Personals an den wissenschaftlichen Hochschulen des Bundesgebietes einschl. Berlin (West) durchgeführt. Im Rahmen dieser Erhebung wurden für die Universität Kiel 585 Personen ermittelt, die als Hochschullehrer oder als wissenschaftliche Mitarbeiter in Forschung und Lehre tätig waren. Hinzu kamen noch 32 emeritierte Hochschullehrer.

Die Mitarbeiter der Universität wurden im folgenden - einer Anregung des Statistischen Bundesamtes folgend - in vier Gruppen aufgeteilt. Maßgebend für die Zuordnung war dabei die akademische Stellung.

Zur ersten Gruppe zählen die Lehrstuhlinhaber (ordentliche und außerordentliche Professoren), die nach dem Hochschulbeamtenrecht als die eigentlichen Hochschullehrer gelten. An der Universität in Kiel gab es 1960 99 Lehrstuhlinhaber, und zwar 83 ordentliche und 16 außerordentliche Professoren. Von dem gesamten Lehrkörper der Universität gehörten nur 17% zu den Hochschullehrern im engeren Sinne.

Die zweite Gruppe ist als der eigentliche Hochschullehrernachwuchs anzusehen. Es sind die habilitierten Nichtordinarien, zu denen die außerplanmäßigen Professoren und die Dozenten rechnen. Von den 158 habilitierten Nichtordinarien der Kieler Universität waren 70 außerplanmäßige Professoren und 88 Privatdozenten bzw. Dozenten. Fast drei Viertel dieser Nichtordinarien hatten ihre Existenzgrundlage innerhalb der Hochschule. Die Nachwuchsziffer war

Hochschullehrer und Studenten der Universität Kiel im November 1960

Fachgebiet	Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter		Studenten ¹		Lehrbelastung ²
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Theologie	18	3	98	2	5
Rechtswissenschaft	21	4	702	14	33
Wirtschaftswissenschaft	21	4	404	8	19
Medizin	230	39	1 220	25	5
Pharmazie	8	1	126	3	16
Naturwissenschaften	131	22	919	19	7
Kulturwissenschaften (einschl. Leibesübungen)	112	19	1 355	27	12
Landwirtschaft	37	6	123	2	3
Ohne Angabe	7	1	-	-	-
Insgesamt	585 ^a	100	4 947	100	8

1) deutsche und ausländische Studenten, aber ohne Beurlaubte und Gasthörer 2) Studenten je Hochschullehrer (einschl. wissenschaftliche Mitarbeiter) a) außerdem noch 32 Emeriti und 3 Mitarbeiter, die hauptsächlich an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule tätig waren

in Kiel mit 1,6 habilitierten Nichtordinarien auf einen Lehrstuhlinhaber überdurchschnittlich hoch. Für das Bundesgebiet einschl. Berlin (West) errechnete sich bei Einbeziehung aller wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, Technische Hochschulen, Wissenschaftliche Hochschulen mit Universitätsrang, Philosophisch-Theologische und Kirchliche Hochschulen) eine Nachwuchsdichte von 1,3.

Die Honorarprofessoren zusammen mit den Lehrbeauftragten und nicht habilitierten Beamten und Angestellten des wissenschaftlichen

Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Kiel im November 1960

Fachgebiet	Hochschullehrer und wissenschaftl. Mitarbeiter	Lehrstuhlinhaber ¹		Habilitierte Nichtordinarien ²		Sonstige Lehrpersonen ³		Nicht habilitierte wissenschaftliche Assistenten ⁴	
		Anzahl	je Lehrstuhlinhaber	Anzahl	je Lehrstuhlinhaber	Anzahl	je Lehrstuhlinhaber	Anzahl	je Lehrstuhlinhaber
Theologie	18	8	5	0,63	3	0,38	2	0,25	
Rechtswissenschaft	21	9	3	0,33	5	0,56	4	0,44	
Wirtschaftswissenschaft	21	8	6	0,75	1	0,13	6	0,75	
Medizin	230	20	76	3,80	12	0,60	122	6,10	
Pharmazie	8	1	-	-	1	1,00	6	6,00	
Naturwissenschaften	131	21	33	1,57	27	1,29	50	2,38	
Kulturwissenschaften (einschl. Leibesübungen)	112	26	23	0,88	38	1,46	25	0,96	
Landwirtschaft	37	6	12	2,00	10	1,67	9	1,50	
Ohne Angabe	7	-	-	-	7	-	-	-	
Insgesamt	585	99	158	1,60	104	1,05	224	2,26	
darunter Frauen	33	-	5	.	5	.	23	.	

1) ordentliche und außerordentliche Professoren 2) außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten bzw. Dozenten 3) Honorarprofessoren, Lehrbeauftragte, nicht habilitierte Beamte und Angestellte des wissenschaftlichen Dienstes 4) nicht habilitierte Assistenten, Oberassistenten und -ärzte

Dienstes bilden die dritte Gruppe. Dieser Personenkreis bereichert auf Grund seiner wissenschaftlichen Bedeutung und Erfahrung den Lehrbetrieb der Universität. Unter den 104 Personen, die zu dieser Gruppe gehörten, waren nur 9 Honorarprofessoren.

Die größte Gruppe bilden mit 38% aller erfaßten Personen die nicht habilitierten Assistenten. Sie sollen die Hochschullehrer in Forschung, Lehre und Verwaltung entlasten und sind vielfach Anwärter auf die Habilitation.

Hochschullehrer ist auch heute fast noch ausschließlich ein Männerberuf. Unter den 585 Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern (ohne Emeriti) waren nur 33 Frauen; das entspricht einem Anteil von knapp 6%. Keine von diesen Frauen hatte einen Lehrstuhl inne.

Die Lehrbelastung, ausgedrückt durch das Zahlenverhältnis zwischen Hochschullehrern und Studenten, gibt eine Vorstellung von der Beanspruchung der Hochschullehrer und von der Intensität des Unterrichtsbetriebes. Da die Kieler Universität eine "Sommer-Universität" ist, die im Sommer mehr Studenten hat als im Winter, schwankt die Lehrbelastung für die Hochschullehrer entsprechend. Im großen und ganzen haben aber die Professoren, Dozenten und Assistenten in Kiel weniger Studenten zu betreuen als im Durchschnitt aller Universitäten des Bundesgebietes.

Zahl der Studenten
(ohne Beurlaubte und Gasthörer)
im WS 1960/61 auf eine(n)

	Lehrstuhlinhaber	Habilitierten Nichtordinarius	Sonst. Lehrperson	Wissenschaftl. Assistenten
Universität Kiel	50	31	48	22
Alle Universitäten des Bundesgebietes einschl. Berlin (West)	77	52	66	31

Die meisten Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter, nämlich 39%, waren Mediziner. In diesem Fachgebiet war auch die Nachwuchsdichte mit 3,8 habilitierten Nichtordinarien und 6,1 wissenschaftlichen Assistenten je Lehrstuhlinhaber am größten. Das Nachwuchsreservoir innerhalb der Universität war bei dem Fachgebiet Rechtswissenschaft mit 0,33 habilitierten Nichtordinarien und 0,44 wissenschaftlichen Assistenten je Lehrstuhlinhaber sehr klein. In diesem Fachgebiet war auch die Lehrbelastung mit 33 Studenten je Hochschullehrer (einschl. wissenschaftliche Mitarbeiter) überdurchschnittlich hoch. Recht gering war für die Universität der Nachwuchs bei den Fachgebieten Theologie und Wirtschaftswissenschaft.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Hochschullehrer und sonstiges wissenschaftliches Personal an den wissenschaftlichen Hochschulen 1960" in *Wirtschaft und Statistik* 1962, S. 399/404 (Juli)

Die berufsbildenden Schulen 1961

Zu den berufsbildenden Schulen gehören die Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen. Für diese Schulen werden in jedem Jahr am 15. November statistische Daten erhoben.

Berufsschulen

Die Berufsschulen werden pflichtmäßig von Jugendlichen besucht, die sich in einer Ausbildung oder in einem sonstigen Arbeitsverhältnis befinden oder arbeitslos sind. Im November 1961 bestanden in Schleswig-Holstein 58 öffentliche Berufsschulen. Darunter waren 26 Landesberufsschulen, das sind Spezialberufsschulen für Berufe mit verhältnismäßig wenig Nachwuchs (z. B. Binnenfischer, Kürschner, Brunnenbauer). Um auch die Berufsschulbildung auf dem Lande zu ermöglichen, sind noch 100 Außenstellen eingerichtet. Private Berufsschulen gibt es nicht.

Mitte November 1961 wurden rund 69 600 Berufsschüler registriert. Damit hat die Schülerzahl weiterhin abgenommen, und zwar

gegenüber 1960 um 8%. Bis 1963 wird noch mit einem leichten Rückgang der Schülerzahl zu rechnen sein; denn die Jugendlichen aus den geburtenschwachen Jahrgängen um Kriegsende sind bis jetzt noch nicht dem berufsschulpflichtigen Alter entwachsen. Von den 1961 erfaßten Berufsschülern waren 85% in den Jahren 1943 bis 1946 geboren.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Zahl der Berufsschüler im Laufe eines Schuljahres erheblich verändert. Nach Angaben des hiesigen Kultusministeriums gab es Anfang Juni 1961 rund 78 000 Berufsschüler in Schleswig-Holstein; das sind 12% mehr als Mitte November 1961. Diese Veränderung beruht darauf, daß nach dem Schulpflichtgesetz die Berufsschulpflicht in Schleswig-Holstein mit dem Ende des Schulhalbjahres aufhört, in dem der Berufsschulpflichtige das 18. Lebensjahr vollendet hat. Ferner endet die Schulpflicht im Herbst bei allen Lehrberufen mit einer dreieinhalbjährigen Lehrzeit oder bei eineinhalbjähriger

Die Berufsschüler nach Berufsgruppen
- November 1961 -

Berufliche Stellung Beruf	Berufsschüler	davon	
		männlich	weiblich
in 1 000			
Lehrlinge	56,8	36,0	20,8
darunter in kaufmännischen Berufen (ohne Jungangestellte)	18,7	5,8	12,9
Metallberufen	11,7	11,5	0,1
Bau- und Baunebenberufen	5,7	5,5	0,2
Elektrikerberufen	3,6	3,6	0,0
Nahrungsmittel- und Genussmittelberufen	3,5	2,5	1,0
Holzbearbeitungsberufen	1,6	1,6	0,1
Landwirtschaftlichen, Forst- und Fischereiberufen	1,2	1,2	0,1
Textil- und Bekleidungsberufen	1,1	0,3	0,8
Anlernlinge, Angelernte u. Praktikanten Jungangestellte in kaufmännischen Berufen	3,1	0,1	3,0
Jungarbeiter	0,1	0,0	0,1
Mithelfende Familienangehörige	7,5	1,9	5,6
Berufs- und Arbeitslose	1,3	0,7	0,7
	0,9	0,3	0,6
Insgesamt	69,6	39,0	30,7

Anlernzeit, vorausgesetzt, daß diese im Frühjahr begonnen hat.

Der größte Teil der Berufsschüler besucht eine Fachklasse, das sind Klassen, die nur Schüler des gleichen oder eng verwandter Berufe umfassen. Von den Schülern der Fachklassen besuchten 1961 48% eine gewerbliche und 33% eine kaufmännische, aber nur 8% eine landwirtschaftliche Klasse. Fast die Hälfte der Schüler in den landwirtschaftlichen Klassen sind Mädchen, die in der ländlichen Hauswirtschaft unterwiesen werden. Die Berufsstruktur hat sich in den letzten Jahren verändert. So besuchten 1957 noch 13% der Schüler eine landwirtschaftliche Klasse.

Am 15. November 1961 unterrichteten an den Berufsschulen 995 hauptamtliche Lehrpersonen, darunter 267 Frauen. Außerdem waren noch 696 nebenamtliche, nebenberufliche oder sonstige nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte tätig. Die Berufsschullehrer haben je nach der Fachrichtung eine spezielle Ausbildung. Unter den 995 hauptamtlichen Lehrpersonen waren 197 Diplomhandelslehrer, 131 Hauswirtschaftslehrerinnen und 34 Meister. Ferner hatten 417 Lehrpersonen die Lehrbefähigung für das Gewerbelehramt. Die Altersgliederung der Berufsschullehrer weicht von der der Volksschullehrkräfte erheblich ab: es gibt nicht so viele Berufsschullehrer im Alter bis zu 30 Jahren, aber auch nicht so viele über 60jährige:

	Hauptamtliche Lehrkräfte 1961	
	in Berufsschulen	in Volksschulen
unter 30 Jahre	6 %	23 %
30 bis 60 Jahre	84 %	62 %
60 und mehr Jahre	9 %	15 %

Auf den Berufsschulen waren im November 1961 56 800 Lehrlinge, und zwar 36 000 männliche und 20 800 weibliche. Dabei hatten die kaufmännischen Berufe und die Metallberufe die weitaus meisten Lehrlinge aufzuweisen, nämlich zusammen über die Hälfte aller Lehrlinge. Von den Jungen lernten 32% einen Metallberuf und von den Mädchen 62% einen kaufmännischen Beruf.

Die Zahl der Anlernlinge, Angelernten und Praktikanten, die eine Berufsschule besuchten, war mit rund 3 100 Jugendlichen recht klein. Es handelte sich dabei fast nur um Mädchen, die für kaufmännische oder für Textil- und Bekleidungsberufe angelernt wurden. Rund 1 300 Berufsschüler waren mithelfende Familienangehörige, die zum größten Teil in der Landwirtschaft tätig waren. Etwa 7 500 jugendliche Arbeiter waren Ungelernte, davon 4 400 Mädchen in der Hauswirtschaft oder in der Landwirtschaft und im Gartenbau. Die Zahl der Berufsschüler, die ohne Beruf oder arbeitslos sind, ist immer kleiner geworden. Sie betrug 1961 nur noch knapp 900 Jugendliche. Unter dieser Zahl waren über 600 Mädchen, von denen viele im Haushalt der Eltern tätig sind. Es fällt außerdem auf, daß die meisten der Nichtbeschäftigten sich im 1. Berufsschuljahr befanden. Daraus läßt sich schließen, daß ein Teil der Schüler nicht unmittelbar nach der Entlassung aus der Volksschule, wohl aber später mit der praktischen Berufsausbildung beginnt.

Berufsfachschulen

Im November 1961 gab es in Schleswig-Holstein 69 Berufsfachschulen, die zu diesem Zeitpunkt Lehrgänge abhielten. Es handelt sich dabei um Schulen mit ganztägigem, mindestens ein Jahr umfassenden Unterricht. Sie werden von Jugendlichen besucht, die nicht in einer Berufsausbildung stehen und auch noch keine durchlaufen haben. Zu den Berufsfachschulen zählen vor allem die kaufmännischen Schulen (Handelschulen), die hauswirtschaftlichen Berufsfachschulen und die Schulen für Kinderpflegerinnen. An dieser Zusammenstellung ist bereits zu

Die Berufsfachschüler nach ihrem Berufsziel
- November 1961 -

Berufsziel	Berufsfachschüler	davon	
		männlich	weiblich
Kaufmännische Berufe	2 181	684	1 497
Dolmetscher und Übersetzer	87	12	75
Seemannische Berufe	47	47	-
Hauswirtschafts- und Haushaltsberufe	303	-	303
Kinderpflegerberufe	148	-	148
Berufe des Gesundheitsdienstes und der Körperpflege	27	6	21
Insgesamt	2 793	749	2 044

erkennen, daß die Berufsfachschulen größtenteils für Mädchen vorgesehen sind. 1961 besuchten rund 2 800 Schüler eine Berufsfachschule, wobei der Anteil der Mädchen 73% ausmachte. Die Zahl der Schüler in den Berufsfachschulen war in den letzten Jahren rückläufig.

Fachschulen

Die Fachschulen werden nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung besucht, und zwar in Lehrgängen mit 1/2- bis mehrjährigem Vollunterricht zur Ausbildung für höher qualifizierte Berufe. In ihrer fachlichen Gliederung weisen die Fachschulen eine große Mannigfaltigkeit auf. Sie umfassen Landwirtschaftsschulen, Frauenfachschulen, Schulen für Kindergärtnerinnen, Krankenpflegeschulen, aber auch Gymnastikschulen und Werkkunstschulen.

Im November 1961 gab es in Schleswig-Holstein 103 Fachschulen, die zu diesem Zeitpunkt Lehrgänge abhielten. Zahlenmäßig am stärksten vertreten waren die Krankenpflegeschulen (27), die Landwirtschaftsschulen (25) und die Frauenfachschulen (11).

Die Fachschulen hatten 1961 rund 5 800 Schüler. Hiervon wurden fast 1 300 männliche Schüler für landwirtschaftliche Berufe und knapp 500 Schülerinnen in der ländlichen Hauswirtschaft

Die Fachschüler nach ihrem Beruf
- November 1961 -

Berufsabteilung	Fachschüler	davon	
		männlich	weiblich
Berufe des Pflanzenbaues und der Tierwirtschaft	1 762	1 280	482
Industrielle und handwerkliche Berufe	24	24	-
Technische Berufe	394	47	347
Kaufmännische (Handels-) Berufe	94	71	23
Verwaltungs- und Verkehrsberufe	317	307	10
Berufe der Haushalts-, Gesundheits- und Volkspflege	2 065	101	1 964
Berufe des Geistes- und Kunstlebens	1 102	235	867
Insgesamt	5 758	2 065	3 693

ausgebildet. An den Krankenpflegeschulen wurden reichlich 800 Schüler unterrichtet. Außerdem bereiteten sich knapp 500 Schülerinnen auf den Beruf einer technischen Lehrerin oder Gewerbelehrerin vor. Die übrigen Fachschularten haben zahlenmäßig nicht die Bedeutung wie diese vier genannten Gruppen, zu denen über die Hälfte aller Schüler gehörte.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Die Landesberufsschulen" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 216 (September)

Der grenzüberschreitende Reiseverkehr in den Jahren 1959 bis 1961

In den vergangenen drei Jahren hat sich der grenzüberschreitende Reiseverkehr nach Schleswig-Holstein unterschiedlich entwickelt. Während er in den Jahren 1959 und 1960 zurückgegangen ist, nahm die Zahl der die Grenze überschreitenden Personen im Jahre 1961 wieder zu. Die Zahlenangaben über die Entwicklung sind leider beeinflusst durch die sich häufig ändernden Paß- und Zollbestimmungen, die eine große Wirkung auf den grenzüberschreitenden Verkehr ausüben. Nach der Statistik ist es nicht möglich, den kleinen Grenzverkehr, der unter anderem häufig von in Grenzgemeinden ansässigen Personen dazu benutzt wird, im Ausland preisgünstige Waren einzukaufen oder Veranstaltungen zu besuchen, und den großen grenzüberschreitenden Reiseverkehr voneinander zu unterscheiden. Genau genommen müßte der kleine Grenzverkehr aus der Zählung ausgeschlossen werden, da es sich hierbei nicht um Reiseverkehr im eigentlichen Sinne handelt.

Die im folgenden besprochenen Ergebnisse der Statistik beziehen sich nur auf die Zahl der

einreisenden Personen und die der eingefahrenen Kraftfahrzeuge. Die Zahl der Ausreisen wird größtenteils nicht erfaßt. Dies ist unerheblich, da erfahrungsgemäß die Zahl der Einreisen und die der Ausreisen, sofern man einen größeren Zeitraum betrachtet, nur geringfügig voneinander abweichen.

Die Gesamtzahl der aus dem Ausland über die Grenze nach Schleswig-Holstein einreisenden Personen ging im Jahre 1959 um 6% gegenüber dem Vorjahre auf 6,5 Mill. zurück und im Jahre 1960 um weitere 3% gegenüber 1959 auf 6,3 Mill. Das Jahr 1961 brachte dann wieder eine Zunahme auf insgesamt 7,3 Mill. Einreisende. Das ist die höchste Zahl, die nach dem letzten Kriege jemals in einem Jahre erreicht wurde.

Es wäre aus den oben bereits genannten Gründen falsch, aus diesen Angaben auf die Entwicklung des Touristenreiseverkehrs zu schließen. Es ist wahrscheinlich, daß der Touristenreiseverkehr im Gegensatz zur Darstellung in der Tabelle seit 1959 ständig zugenommen hat,

Einreisen aus dem Ausland - 1 000 Personen -
(ohne Interzonenverkehr)

	Einreisen insgesamt	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	Einreisen			
			über Landübergänge	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	über Seehäfen	Veränd. geg. dem Vorjahr in %
1958	6 903	+ 89	5 689	+ 89	1 214	+ 89
1959	6 455	- 6	4 938	- 13	1 517	+ 25
1960	6 256	- 3	4 647	- 6	1 609	+ 6
1961	7 257	+ 16	5 446	+ 17	1 811	+ 13

diese Tatsache jedoch infolge des unterschiedlichen Umfanges des kleinen Grenzverkehrs in den Zahlenangaben nicht zum Ausdruck kommt.

Teilt man die Zahl der Einreisen auf in solche, die über Landübergänge erfolgt sind, und solche, die über Seehäfen erfolgt sind, so ist festzustellen, daß die Zahl der Einreisen zu Lande wesentlich höher liegt als zu Wasser. Die Zahl der Landübergänge betrug während der Berichtszeit stets etwa drei Viertel aller Einreisen, die der Übergänge über Seehäfen etwa ein Viertel. Die prozentuale Veränderung gegenüber den Vorjahren ist in beiden Reisearten unterschiedlich gewesen. Während die Einreisen im Schiffsverkehr von Jahr zu Jahr gestiegen sind, sind sie zu Lande in den Jahren 1959 und 1960 zum Teil erheblich zurückgegangen. Dies ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Landübergänge vom kleinen Grenzverkehr stärker berührt werden als die Übergänge zu Wasser. Eine Ausnahme hiervon gilt nur für den Hafen in Flensburg, über den zahlreiche Einreisen im kleinen Grenzverkehr gehen, und auf den in allen Berichtsjahren etwa die Hälfte sämtlicher Einreisen über Seehäfen entfiel.

Auf die übrigen wichtigen Ostseehäfen (in der Reihenfolge nach der Zahl der Einreisen im Jahre 1961: Größenbrode, Kiel, Travemünde) kommen fast ausschließlich Einreisen im großen Reiseverkehr, so daß sich die Beeinflussung durch den kleinen Grenzverkehr hier kaum auswirkt. Der Umfang des grenzüberschreitenden Personenverkehrs in diesen Häfen gibt eine ungefähre Vorstellung über die tatsächliche Entwicklung des Touristenreiseverkehrs auch an den anderen Übergangstellen.

Danach hat sich die Zahl der Einreisen in den genannten Häfen in den letzten drei Jahren ständig erhöht und es dürften keine Zweifel

Grenzüberschreitender Reiseverkehr über Seehäfen

	Einreisen insgesamt	darunter Einreisen über		
		Größenbrode	Kiel	Travemünde
		in 1 000		
1959	1 506	598	15	43
1960	1 599	629	20	48
1961	1 804	675	55	51

darüber bestehen, daß der große Reiseverkehr nach Schleswig-Holstein insgesamt in dieser Zeit ebenfalls zugenommen hat.

Die Zahl der Einreisen über die Nordseehäfen ist unbedeutend. Sie betrug im Jahre 1959 11 400 Personen und sank bis zum Jahre 1961 auf 7 800 Personen ab.

Auf dem Landwege konzentrieren sich die Einreisen auf die östlichen Übergänge an der Nordgrenze Schleswig-Holsteins. Über Kupfermühle kamen während des Berichtszeitraumes stets mehr als 50% aller auf dem Lande einreisenden Personen nach Deutschland; es folgen nach der Zahl der Einreisen die Übergänge Harrislee, Böglum, Flensburg-Bahnhof, Rosenkranz u. a., wobei sich an dieser Reihenfolge während der Jahre 1959 bis 1961 nichts geändert hat.

Die Zahl der eingefahrenen Kraftfahrzeuge nahm während der letzten drei Jahre sowohl an den Landübergangsstellen der deutsch-dänischen Grenze als auch über die Seehäfen ständig zu. Hier wurde ebenfalls im Jahre 1961 mit 1,3 Mill. Einfahrten ein neuer Nachkriegsrekord erreicht. Offensichtlich wirkt sich hier die Motorisierungswelle aus. Der Anteil der über die Landgrenze nach Deutschland eingefahrenen Kraftfahrzeuge an der Gesamtzahl lag stets über 90%, d. h. weniger als ein Zehntel der Kraftfahrzeuge kam über die Seehäfen nach Deutschland.

Eingefahrene Kraftfahrzeuge in 1 000

	Insgesamt	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	Eingefahrene Kraftfahrzeuge			
			über Landübergänge	Veränd. geg. dem Vorjahr in %	über Seehäfen	Veränd. geg. dem Vorjahr in %
1959	956	+ 8	872	+ 8	83	+ 11
1960	1 022	+ 7	934	+ 7	88	+ 5
1961	1 284	+ 26	1 184	+ 27	101	+ 15

Die Verteilung der auf dem Lande eingefahrenen Kraftfahrzeuge auf die verschiedenen Grenzübergänge entspricht mit Ausnahme der Eisenbahnübergangsstellen der für die Personen. Über Kupfermühle kamen stets mehr als die Hälfte aller Kraftfahrzeuge nach Deutschland. Es folgen nach der Zahl der Einreisen die Übergänge Harrislee, Böglum und Rosenkranz. Im Schiffsverkehr kamen im Jahre 1961 von 101 000 eingefahrenen Kraftfahrzeugen 90 000 über die Fähre in Größenbrode nach Deutschland. Die restlichen 11 000 Kraftwagen verteilten sich auf die Häfen von Travemünde und Kiel.

Unter den Fahrzeugen waren 1961 über 85% Personenkraftwagen und über 10% Lastkraftwagen. Der Anteil der Omnibusse und der Motorräder war gering. Gegenüber 1959 hat sich der Anteil der Personenkraftwagen wiederum geringfügig erhöht.

Die Zahl der aus Mitteldeutschland über die in Schleswig-Holstein liegenden Kontrollpunkte einreisenden Personen ist im Berichtszeitraum ständig zurückgegangen, und zwar von 821 000 Einreisen im Jahre 1959 auf 711 000 Einreisen im Jahre 1961. Von diesem Rückgang wurde der Kraftwagenverkehr über die Zonengrenze nicht beeinflusst. Die Zahl der insgesamt eingefahrenen Kraftfahrzeuge stieg im gleichen Zeit-

raum um knapp 25% an. Dies ist auf die starke Drosselung des Reiseverkehrs mit dem sowjetisch besetzten Gebiet zurückzuführen, während der Reiseverkehr mit Westberlin nicht beeinträchtigt wurde.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Der grenzüberschreitende Reiseverkehr 1957 und 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 71 (März)

Postleistungen 1960 und 1961

Die Deutsche Bundespost ist eines der größten öffentlichen Unternehmen. Ihr Aufgabenbereich umfaßt nicht nur die Nachrichtenübermittlung, sondern erstreckt sich über den Zahlungs- und Postsparkassendienst bis hin zur Personenbeförderung. Die enge Verflechtung der Bundespost mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung hat in den letzten 10 Jahren zu ständig steigenden Leistungen auf fast allen Bereichen geführt. Auf einigen Gebieten, wie etwa im Fernmeldewesen, konnte die Post trotz erheblicher Investitionen sogar den wachsenden Anforderungen nicht immer sofort gerecht werden.

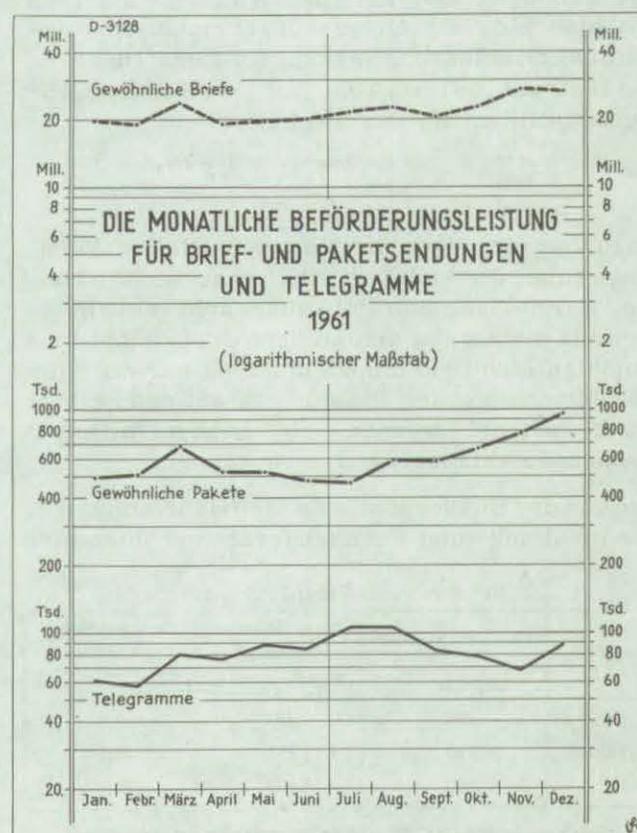
Brief- und Paketsendungen 1959 - 1961

Eingelieferte Sendungen	Einheit	1959	1960	1961
Gewöhnliche Briefe	Mill. St	233	254	263
Eingeschriebene Briefe	" "	2,2	2,3	2,5
darunter nach dem Ausland	1 000 St	77	84	98
Gewöhnliche Pakete	Mill. St	6,7	7,0	7,2
darunter nach dem Ausland	1 000 St	182	192	183

Allein in Schleswig-Holstein sind die eingelierten Briefsendungen 1961 auf 263 Mill. Stück angestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Post Karten, Drucksachen und Briefe zu Briefsendungen zusammenfaßt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Steigerung von 4%, während 1960 die gewöhnlichen Briefsendungen sogar um 9% angestiegen waren. Stärker als bei den normalen Sendungen ist der Zuwachs bei den eingeschriebenen Briefen, die 1960 um 4%, 1961 um 9% höher lagen als jeweils im Vorjahr. Auch bei den Paketsendungen ist jährlich eine Zunahme zu verzeichnen, wenngleich hier - wie auch bei den Briefsendungen - die Zuwachsraten im Vergleich zu den Jahren des wirtschaftlichen Aufbaus kleiner werden. Gewöhnliche Pakete wurden 1960 um 5%, 1961 um 3% mehr befördert, wobei die für das Ausland bestimmten Sendungen nur noch 1960 zunahmen, 1961 jedoch um 5% zurückgingen.

Der Anfall von Brief- und Paketsendungen verteilt sich nicht gleichmäßig über das ganze Jahr, sondern es lassen sich jährlich ziemlich

gleichmäßige Schwankungen ermitteln. Sie hängen im wesentlichen von der Lage der Feiertage ab, zu denen nicht nur die privaten Geschenksendungen, sondern auch der Geschäftsverkehr einschließlich der Werbesendungen anschwellen. Die Ostertage verursachen einen spürbaren Anstieg der Brief- und Paketsendungen, während sich zu den Pfingstfeiertagen der Postverkehr kaum belebt. In den Sommermonaten wirkt sich der Urlaubsverkehr auch für die Post aus. In Schleswig-Holstein ist der Briefverkehr in den Ferienmonaten stärker als am Anfang des Jahres, sicherlich bedingt durch die Feriengäste in schleswig-holsteinischen Bädern. Dagegen geht der Paketversand in diesen Monaten zurück und steigt erst ab August wieder an, um im November und Dezember den Höhepunkt zu erreichen. Auch der



Briefaustausch ist im allgemeinen im Weihnachtmonat recht hoch, 1961 gibt die Post jedoch die Zahl der eingelieferten Briefsendungen niedriger als im November an.

Im Bild sind außer den Brief- und Paketsendungen auch die eingelieferten Telegramme mit aufgenommen, da auch bei ihnen sich die monatlichen Schwankungen als recht groß erweisen. Insgesamt wurden 1961 in Schleswig-Holstein knapp 1 Mill. Telegramme aufgegeben, etwas weniger als im Vorjahr. Am häufigsten wird in den Monaten Juli und August telegraphiert, offenbar auch eine Folge der Reisezeit.

Die Zahl der Fernsprechstellen in Schleswig-Holstein gibt die Bundespost für 1961 mit 207 000 Stück an. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß für den Teil Schleswig-Holsteins, der der OPD Hamburg untersteht, die Nebenschlüsse nicht mit enthalten sind. Gegenüber 1960 haben sie um 9% zugenommen, während 1960 8% mehr Anschlüsse geschaffen werden konnten. Da die Post aus technischen Gründen in zahlreichen Orten den Anträgen nicht immer sofort entsprechen kann, dürfte auch in den folgenden Jahren mit einer weiteren Zunahme zu rechnen sein, zumal in Schleswig-Holstein der Bundesdurchschnitt hinsichtlich der Telefonanschlüsse je 100 Einwohner noch nicht erreicht ist. Stärker als die Zahl der Fernsprechstellen stieg die Zahl der Gespräche. Beim Selbstwählfernsprechdienst ist allerdings nicht immer eine genaue länderweise Zuteilung der Gespräche gewährleistet, so daß Abweichungen möglich sind. Von 1959 auf 1960 erhöhten sich die Ortsgebühreneinheiten (einschließlich Selbstwählfernsprechdienst) um 27%, von 1960 auf 1961 um 21%. Auf jede Fernsprechstelle entfielen im Durchschnitt

1959	1 139 Ortsgebühreneinheiten,
1960	1 343 "
1961	1 194 "

Dazu kommen noch die handvermittelten Ferngespräche, die sich seit 1959 zwar auch erhöhten, deren Zuwachsraten aber sehr viel niedriger lagen als bei den übrigen Gesprächen. Sie erhöhten sich 1960 um 6% und 1961 nur noch um 3%. Mit steigender Umstellung auf den Selbstwählferndienst werden die handvermittelten Gespräche entsprechend zurückgehen.

Die von der Bundespost erteilten Genehmigungen für Rundfunk- und Fernsehgeräte erhöhten sich

1961 auf knapp 0,7 Mill. Tonrundfunk- und 256 000 Fernseh Rundfunkgenehmigungen. Die Zahl der Radiogeräte scheint nur noch geringfügig zu steigen (Zuwachs gegenüber 1960 2%); allerdings werden seit 1960 die Genehmigungen für Zweitgeräte nicht mehr mitgezählt. Dagegen ist bei den Fernsehgeräten die Entwicklung immer noch sehr stürmisch, wenngleich auch hier die Zuwachsraten allmählich kleiner werden. So waren 1960 noch 40% mehr Fernseh Rundfunkgenehmigungen erteilt worden als im Vorjahr, während 1961 gegenüber 1960 nur noch 28% mehr Geräte angemeldet wurden.

Der Postsparkassendienst 1959 - 1961

Jahr	Einlagen	Rückzahlungen
	Mill. DM	
1959	101	99
1960	105	109
1961	112	119

Im Postsparkassendienst war 1960 erstmalig die Summe der Rückzahlungen höher als die der Einlagen gewesen, die Sparer hatten also auf ihre Guthaben zurückgegriffen. Diese Entwicklung hat sich auch 1961 weiter fortgesetzt. Insgesamt sind in beiden Jahren zusammen 10,9 Mill. DM mehr zurückgezahlt worden als im gleichen Zeitraum eingezahlt worden sind. Es kann nicht sicher festgestellt werden, ob diese Summe in den Konsum geflossen ist oder ob eine andere Form des Sparens gewählt worden ist. Eine monatliche Unterteilung der Einlagen und Rückzahlungen für das Jahr 1961 ergibt, daß bis April die Einlagen überwogen haben, in den Sommermonaten jedoch die Rückzahlungen zum Teil erheblich über den jeweiligen monatlichen Einlagen gelegen haben. Der Schluß liegt nahe,

Der Fernsprechdienst 1959 - 1961

Jahr	Fernsprechstellen	Ortsgebühreneinheiten ¹	Ferngespräche handvermittelt
	1 000 St	Mill.	
1959	176	201	19,0
1960	190	255	20,1
1961	207	309	20,8

1) Gebühreneinheiten für Orts- und selbstgewählte Ferngespräche



daß die Sparguthaben zur Finanzierung von Urlaubsreisen abgehoben worden sind. Im Oktober ist der Fehlbetrag zwar niedriger als in den Sommermonaten, aber im November wird er wieder größer, wahrscheinlich wegen der Weihnachtseinkäufe, die sich immer stärker in den November verlagern. Im Dezember dürften ähnliche Gründe vorliegen.

Zum Abschluß sei nur noch kurz auf die Personenbeförderung durch die Bundespost einge-

gangen. Die Zahl der geleisteten Wagenkilometer ging leicht zurück; sie betrug 1960 9,6 und 1961 9,5 Mill. km, die Zahl der beförderten Personen schwankt; sie war 1960 auf 13,2 Mill. zurückgegangen, stieg aber 1961 wieder auf 13,8 Mill. an.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Der Brief- und Paketverkehr in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 186 (August)

Der Kraftfahrzeugbestand im Jahre 1961

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, die an vielen Faktoren abzulesen ist, spiegelt sich besonders charakteristisch in der laufenden Zunahme der Motorisierung wider. Immer breitere Schichten können sich den Wunsch nach einem eigenen Wagen erfüllen, und die Automobilindustrie gehört seit Jahren zu den Unternehmen mit den höchsten Umsatzsteigerungen. Diese Entwicklung hat zahlreiche Probleme aufgeworfen, da z. B. unsere Straßen für diese Verkehrsdichte nicht geplant sind und die Städte am Verkehr zu ersticken drohen. Die bedauerliche Kehrseite ist die große Unfallhäufigkeit, der jährlich zahlreiche Menschen zum Opfer fallen. Die Entwicklung ist jedoch noch nicht abgeschlossen und die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes in den letzten beiden Jahren deutet auch noch nicht auf eine spürbare Verlangsamung des Wachstums hin. Sie schien bis 1959 möglich, da die Zuwachsraten im Bundesgebiet von 8% 1957 auf 6% 1958 und knapp 6% 1959 zurückgingen. 1960 stieg der Kraftfahrzeugbestand jedoch wieder kräftig um 11% an und erhöhte sich 1961 nochmals um 10%.

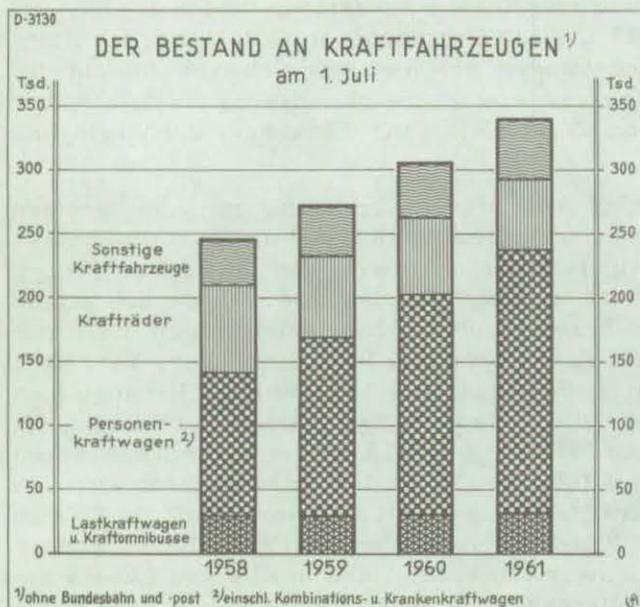
In Schleswig-Holstein ist der Fahrzeugbestand seit 1957 insgesamt um 52% angestiegen und die Entwicklung der letzten Jahre läßt ebenfalls noch keine Verlangsamung erkennen. Gleichzeitig mit der Zunahme der Kraftfahrzeuge vollzieht sich eine Umschichtung des Verkehrs, da die Zahl der Personenwagen sehr viel schneller wächst als die der übrigen Fahrzeuge und der Bestand an Krafträdern sogar abnimmt. Am 1.7.1961 wurden in Schleswig-Holstein 341 000 Fahrzeuge gezählt, von denen 60% Personenwagen (einschließlich Kombinations- und Krankenfahrzeuge) waren, während 1958 der Anteil der Personenwagen erst bei 46% lag. 1960 nahmen die Personenwagen um 23%, 1961 um 20% zu bei einem durchschnittlichen Wachstum des Kraftfahrzeugbestandes von 13 bzw. 11%. Im Bundesdurchschnitt war die Zunahme der Personenwagen in beiden Jahren etwas niedriger, da hier ein Teil der Entwicklung bereits vorweggenommen ist und die Fahrzeugdichte höher als in Schleswig-Holstein liegt.

Bei den Krafträdern war der Rückgang im Bundesdurchschnitt 1959 stärker als in Schleswig-Holstein, wie aus der Tabelle ersichtlich, während die für 1960 und 1961 ermittelten Zahlen nur geringfügig von den schleswig-holsteinischen Ergebnissen abweichen. Bei den Lastkraftwagen ist die Entwicklung in den letzten Jahren uneinheitlich gewesen. Die Unsicherheit

Die jährliche Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein 1959-1961 in % Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr, Stand 1. 7.

Kraftfahrzeugart	1959		1960		1961	
	Bund	Schleswig-Holst.	Bund	Schleswig-Holst.	Bund	Schleswig-Holst.
Kraftfahrzeuge insgesamt	+ 6	+ 11	+ 11	+ 13	+ 10	+ 11
darunter Krafträder	- 11	- 7	- 6	- 6	- 9	- 8
Personenkraftwagen ¹⁾	+ 19	+ 24	+ 22	+ 23	+ 19	+ 20
Lastkraftwagen	- 3	+ 1	+ 7	+ 3	+ 7	+ 5

1) einschl. Kombinations- und Krankenkraftwagen



über die endgültigen Bestimmungen, die im Rahmen der gemeinsamen Verkehrspolitik der EWG-Länder hinsichtlich der Größe usw. aufgestellt worden sind, dürfte die Käufer 1959 bei Neuanschaffungen zur Zurückhaltung veranlaßt haben.

Im gesamten Bundesgebiet ging die Zahl der Lastkraftwagen daher 1959 leicht zurück, nahm in den folgenden Jahren aber wieder kräftig zu, während in Schleswig-Holstein auch 1959 der Lkw-Bestand geringfügig zunahm, 1960 und 1961 jedoch die Zuwachsraten des Bundesgebietes nicht erreichte.

Nicht alle als Bestand erfaßten Kraftfahrzeuge befinden sich auch im Verkehr. Ein Teil von ihnen ist aus steuerlichen oder anderen Gründen vorübergehend abgemeldet. Ihre Zahl ist naturgemäß im Winterhalbjahr höher als im Sommer, bleibt aber im übrigen von Jahr zu Jahr verhältnismäßig konstant. Am 1. 7. 1961 waren 10% der gesamten Kraftfahrzeuge in Schleswig-Holstein vorübergehend stillgelegt. Ein besonders großer Anteil ruhender Fahrzeuge wurde bei den Krafträdern festgestellt, nämlich 28%. Bei den Personenwagen dagegen lag der Anteil nur bei 6%, während von den Lastkraftwagen 13% aus dem Verkehr gezogen waren. Als Vergleich zu den genannten Zahlen im Sommerhalbjahr betragen die Stilllegungen am 1. 1. 1961

bei den Kraftfahrzeugen insgesamt	14%
bei den Personenwagen	9%
bei den Krafträdern	36%
und bei den Lkw's	14%

sie liegen also in allen diesen Gruppen höher.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge sagt allein noch wenig über den Grad der Motorisierung aus, da es an einer Bezugsgröße fehlt. Erst das Verhältnis des Kraftfahrzeugbestandes zur Einwohnerzahl gibt ein Bild über die Fahrzeug-

dichte. Sie ist in Schleswig-Holstein zur Zeit noch geringer als in den meisten anderen Bundesländern, wie die Tabelle zeigt. Während im Bundesdurchschnitt 160 Kraftfahrzeuge auf 1 000 Einwohner kommen, sind es in Schleswig-Holstein nur 148. Die größte Fahrzeugdichte hat Bayern, die geringste Berlin (West), das aber im Bundesdurchschnitt nicht mit enthalten ist. Nicht nur die Verkehrsdichte, auch die Verkehrsstruktur ist in den Ländern sehr unterschiedlich, abhängig von ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer geografischen Lage, dem Anteil der Landwirtschaft und anderem mehr. So ist in Bayern im Vergleich zu anderen Ländern der Anteil der Krafträder sehr hoch, ähnlich wie im Saarland. Dagegen hat Schleswig-Holstein sehr viel weniger Krafträder, bezogen auf die Einwohnerzahl, ebenso wie die Zahl der Personenwagen unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Zahl der Lastkraftwagen entspricht dagegen dem Bundesdurchschnitt. Nach Bayern hat Baden-Württemberg die größte Fahrzeugdichte, gefolgt von Hessen. In diesen Ländern liegt auch die Zahl der Personenwagen je 1 000 Einwohner sehr hoch und wird nur von dem in Hamburg errechneten Verhältnis noch übertroffen.

Wie schnell der Verkehr gewachsen ist, ergibt ein Vergleich der Fahrzeugdichte seit 1958. In Schleswig-Holstein stieg in diesem Zeitraum die Zahl der Fahrzeuge je 1 000 Einwohner von 109 auf 148 an. Noch steiler ist der Anstieg bei den Personenwagen, da 1958 50, 1961 aber bereits 89 Pkw auf 1 000 Einwohner kamen. Die Dichte der Krafträder ging dagegen stetig zurück: 1958 besaßen 30, 1961 noch nur 24 von 1 000 Einwohnern ein Kraftrad. Bei den Lastkraftwagen ist die Entwicklung dagegen sehr viel ruhiger. 1958 und 1959 kamen je 12, in den beiden folgenden Jahren je 13 Lkw auf 1 000 Einwohner. Im Bundesdurchschnitt stieg die Fahrzeugdichte insgesamt in diesen Jahren von 128 auf 160 Fahrzeuge an; allein bei den Personenwagen erhöhte sie sich von 58 auf 96 Fahrzeuge, während gleichzeitig die Krafträder von 43 auf 32 je 1 000 Einwohner zurückgingen.

Die Kraftfahrzeugdichte in den Bundesländern

Land	Am 1. Juli 1961 entfielen auf 1 000 Einwohner			
	Krafträder	Personenkraftwagen ¹	Lastkraftwagen	Kraftfahrzeuge insges.
Schleswig-Holstein	24	89	13	148
Hamburg	15	111	16	145
Niedersachsen	34	90	12	157
Bremen	14	97	15	130
Nordrhein-Westfalen	24	94	13	140
Hessen	36	103	13	170
Rheinland-Pfalz	35	89	12	161
Baden-Württemberg	37	101	12	174
Bayern	39	97	11	182
Saarland	42	88	16	154
Bundesgebiet	32	96	13	160
Berlin (West)	10	80	12	105

1) einschließlich Kombinationskraftwagen

Eine Aufstellung der Städte mit der größten Fahrzeugdichte ergibt, daß die Städte in Schleswig-Holstein noch weit von der Spitzengruppe entfernt sind. Am 1. 7. 1961 wurde die größte Fahrzeugdichte in Saarbrücken ermittelt mit 207 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner; Frankfurt a. M. folgt mit 196 Fahrzeugen. Rechnet man nur die Personenwagen, liegt Frankfurt a. M. mit 151 Pkw je 1 000 Einwohner vor Saarbrücken mit 145 Pkw. In Kiel wurden dagegen nur 119 Kraftfahrzeuge und 88 Pkw ermittelt, in Lübeck 118 und 81, jeweils bezogen auf 1 000 Einwohner. Bemerkenswert ist, daß in Kiel und Lübeck die Fahrzeugdichte unter dem Landesdurchschnitt

Der Bestand an Personenkraftwagen¹ nach dem Gewerbe
oder Beruf der Halter am 1. Juli 1961

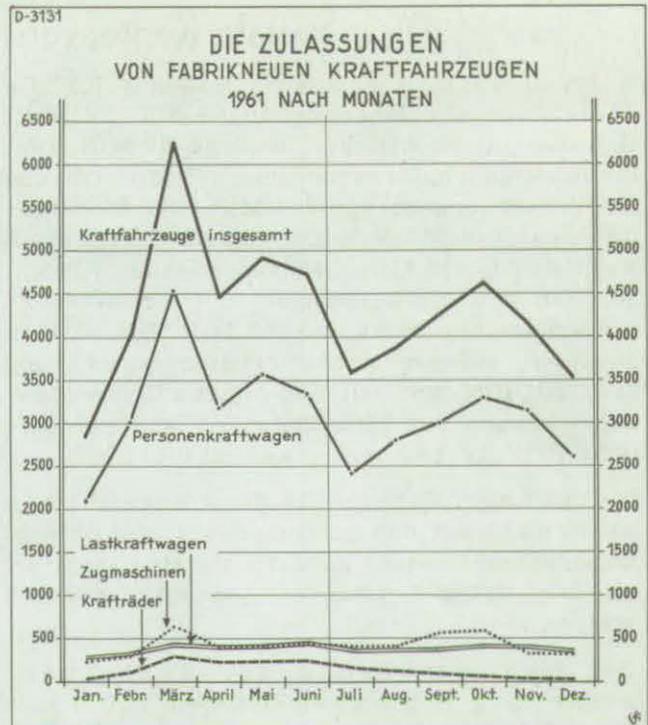
Gewerbe oder Beruf der Halter	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Insgesamt	192 864	4 843 496 ^a
darunter in %		
Industrie	3	5
Handwerk	7	8
Handel	12	13
Landwirtschaft	14	7
Beamte und Angestellte	26	28
Arbeiter	26	28

1) ohne Kombinations- und Krankenkraftfahrzeuge
a) einschl. der Kraftfahrzeuge der Bundesbahn und -post

liegt im Gegensatz zu anderen Ländern, in deren Städten sich der Verkehr stark konzentriert.

Bei einer Unterteilung der Neuzulassungen der Personenkraftwagen nach dem Gewerbe oder dem Beruf des Halters haben sich in den letzten Jahren bei den Arbeitern sowie bei den Beamten und Angestellten überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten ergeben. Sie haben daher zur Zeit den größten Anteil am Bestand der Personenwagen. In Schleswig-Holstein entfielen 1961 auf jede dieser Gruppen 26% der Pkw, im Bundesdurchschnitt sogar 28%. Eine stärkere Abweichung ergibt sich bei der Gruppe Landwirtschaft, deren Anteil in Schleswig-Holstein doppelt so hoch ist wie im Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich zum Teil die bereits festgestellte größere Streuung des Kraftfahrzeugbestandes in Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Die Veränderungen des Kraftfahrzeugbestandes ergeben sich im wesentlichen aus den jährlichen Neuzulassungen. 1961 wurden in Schleswig-Holstein gut 51 000 fabrikneue Fahrzeuge erstmals zugelassen. Der größte Anteil, rund 72%, entfiel wieder auf Personenkraftwagen. Dieser Prozentsatz liegt höher als der zur Jahresmitte bestehende Anteil der Personenwagen am Gesamtfahrzeugbestand und ist ein Zeichen dafür, daß die Umschichtung im Verkehr weitergeht und das Personenauto verstärkt dem weniger Bequemlichkeit bietenden Zweirad vorgezogen wird. Die Neuzulassungen verteilen sich nicht gleichmäßig über das ganze Jahr, da das Frühjahr für die Anschaffung von Personenwagen der bevorzugte Zeitpunkt ist. 1961 häuften sich besonders im März die Neuzulassungen, und zwar sowohl bei den Pkw als auch bei den Krafträdern. Bei den Lastkraftwagen ist die



Streuung nicht so groß, wohl aber bei den Zugmaschinen, die aber außer im Frühjahr noch einmal im Herbst stärker gekauft wurden.

Eine Unterteilung der neuzugelassenen Wagen nach Fabrikaten ergibt auch für 1961 wieder die Vorrangstellung einiger großer Automobilwerke. Dies gilt sowohl für Schleswig-Holstein als auch für das Bundesgebiet. Bei den Personenwagen einschließlich der Kombinationsfahrzeuge wird eindeutig der Volkswagen bevorzugt, auf den 37% der neuzugelassenen Personenwagen entfielen. In der Reihenfolge der Beliebtheit folgen Opel mit einem Anteil von 17%, Ford mit 11% und Auto-Union mit 8%. Im Bundesgebiet entfielen 1961 auf den Volkswagen 35% der Neuzulassungen, auf Opel 18%, Ford 13% und Auto-Union 7%. Bei den Motorrollern werden die Fabrikate Heinkel und Vespa bevorzugt. Allein 1 170 der 1 256 neuzugelassenen Roller entfielen auf die Klassen von 126 - 174 ccm Hubraum. Bei den Motorrädern werden vorwiegend die Marken BMW und Herkules gekauft, und zwar BMW bei den schwereren Maschinen von 200 und mehr ccm Hubraum, Herkules für die kleinen Maschinen bis 99 ccm Hubraum.

Dipl.-Volksw. Gisela A. Schlüter

Vergleiche auch: "Der Kraftfahrzeugbestand im Jahre 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 108 (Mai)

Soziale Rentenversicherung 1952 bis 1961

Während 1961 in Schleswig-Holstein für die Arbeitslosenversicherung und -hilfe 28 Mill. DM, für die öffentliche Fürsorge 89 Mill. DM, für die Kriegsopferversorgung 169 Mill. DM und für Versorgungsbezüge 260 Mill. DM (darunter für Pensionen 140 Mill. DM und für Bezüge nach Art. 131 GG 113 Mill. DM) aufgewendet wurden, beliefen sich die Leistungen in der Rentenversicherung insgesamt auf 612 Mill. DM. Davon entfielen auf die Arbeiterrentenversicherung 391 Mill. DM und auf die Angestelltenrentenversicherung 222 Mill. DM. Die knappschaftliche Rentenversicherung kommt nicht vor.

Die Leistungen der sozialen Rentenversicherung haben nicht nur den größten Anteil am Sozialaufwand des Landes, sondern sie sind auch von allen sozialen Leistungen am stärksten gestiegen.

Der Gesamtaufwand der Rentenversicherung in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht. Die Entwicklung nach Versicherungszweigen war allerdings unterschiedlich. Die Ausgaben der Angestelltenversicherung stiegen um 236%, die der Arbeiterrentenversicherung um 176%. Die Erhöhung der Ausgaben vom Jahre 1957 ab fällt besonders auf; sie ist hauptsächlich auf die zunehmende Zahl der Rentenempfänger und auf die Beteiligung der Rentner am wirtschaftlichen Aufstieg, d. h. auf die Kopplung der Renten mit der Entwicklung von Löhnen und Gehältern durch die sog. Rentenanpassungen zurückzuführen.

Aufwand der Rentenversicherung in Mill. DM

	Insgesamt	für Arbeiter	für Angestellte
1952	208	142	66
1953	234	161	73
1954	236	161	75
1955	257	173	84
1956	272	182	90
1957	395	259	136
1958	481	312	169
1959	527	338	189
1960	574	368	206
1961	612	391	222

Die Zahl der Renten ist ebenfalls gestiegen. Der Rentenzugang war größer als der Rentenwegfall. Die Zahl der überwiesenen Renten der Arbeiterrentenversicherung stieg seit 1952 um 7,3%, die der Angestelltenrentenversicherung um 22,5%. Der Anstieg in der Arbeiterrentenversicherung ergab sich aus einer Zunahme der Versichertenrenten um 13,9% und einer Abnahme der Hinterbliebenenrenten um 0,9%. Hinter der geringfügigen Abnahme der Hinterbliebenenrenten verbirgt sich eine starke Zunahme der Witwen- und Witwerrenten (67%) und eine starke Abnahme der Waisenrenten (64%). In der Angestelltenrentenversicherung stieg die

Zahl der Renten in 1 000

	Insgesamt	Arbeiterrenten			Angestelltenrenten		
		zusammen	Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten	zusammen	Versichertenrenten	Hinterbliebenenrenten
1952	288	217	120	97	71	31	40
1953	305	230	124	105	75	34	42
1954	297	222	123	99	75	34	40
1955	290	215	122	93	75	35	40
1956	298	221	121	100	77	37	40
1957	304	226	121	104	78	39	40
1958	309	227	124	103	82	41	42
1959	317	232	130	101	86	44	42
1960	319	233	134	98	87	45	42
1961	320	233	137	96	87	46	41

Zahl der Versichertenrenten um 47,3% und die der Hinterbliebenenrenten um 3,2%. Der Anstieg der Hinterbliebenenrenten ergibt sich hier aus einer Zunahme der Witwen- und Witwerrenten um 34% und einer Abnahme der Waisenrenten um 42%.

Von 100 Arbeiterrenten gingen 59 an Versicherte, 33 an Witwen und Witwer und 8 an Waisen; von 100 Angestelltenrenten waren es 53, 36 und 11.

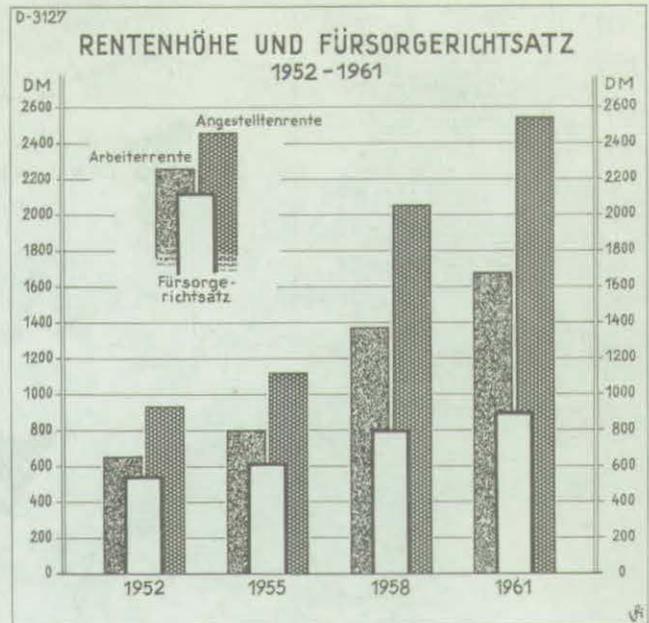
Die finanziell bedeutendste Leistungsart der Rentenversicherungen sind die Versichertenrenten; sie gliedern sich in Renten wegen Berufsunfähigkeit, Renten wegen Erwerbsunfähigkeit und Ruhegeld nach Erreichen der Altersgrenze. Außerdem werden Hinterbliebenenrenten in Gestalt von Witwen- und Witwerrenten, Voll- und Halbwaisenrenten gewährt. Die Entwicklung, sowohl nach Versicherungszweigen als auch nach Rentenarten, war unterschiedlich. Die stärkste Belastung erfuhr die Angestelltenversicherung. Der Bestand der Waisenrenten erreichte am Anfang des betrachteten Jahrzehnts seinen Höhepunkt und sank dann beträchtlich ab; seit 1953 überschritten nämlich die Kriegswaisen in steigender Zahl die Altersgrenze für den Rentenbezug (grundsätzlich das 18. Lebensjahr). Die Zahl der Versichertenrenten und Witwenrenten ist während des ganzen Zeitraumes in beiden Rentenversicherungen gestiegen. Die Zahl der Versichertenrenten in der Angestelltenversicherung weist die verhältnismäßig stärkste Zunahme auf, weil die Zahl der Angestellten seit der Jahrhundertwende stärker zugenommen hat als die der Arbeiter.

Die Häufigkeit des Rentenbezuges, die sich ergibt, wenn man die Zahl der Versicherten- und Witwenrenten (ohne Waisenrenten) zur Bevölkerungszahl in Beziehung setzt, nahm im Berichtszeitraum zu. Es entfielen 1950 auf 100 Einwohner über 35 Jahre 14 Versicherten- und Witwenrenten der gesetzlichen Rentenversicherungen, 1961 dagegen 25.

Diese erhebliche Steigerung wurde zum Teil durch Änderungen im Altersaufbau der Bevölkerung verursacht, zum Teil dadurch, daß die Versicherungsanstalt Schleswig-Holstein ebenso wie die übrigen Versicherungsträger des Bundesgebietes viele Renten der ehemaligen Versicherungsanstalten aus der sowjetischen Besatzungszone und den Ostgebieten des Reichs übernommen hat. Ein weiterer Teil der Zunahme dürfte die Folge von Änderungen der gesetzlichen Voraussetzungen für den Rentenbezug sein, die in der Nachkriegszeit durchgeführt wurden; dies betrifft insbesondere die Witwen- und Witwerrenten.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Rentenhöhe je Rente und Jahr geht aus dem Bild hervor. Seit der Rentenreform 1957 überstieg die durchschnittliche Rentenhöhe den Fürsorgeerichtsatz beträchtlich, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß Rentner, die ein langes Arbeitsleben hindurch Beiträge zur Rentenversicherung geleistet haben, sehr viel mehr als den Durchschnitt erhalten.

Die durchschnittliche Rentenhöhe stieg von 1952 bis 1961 um 157% in der Arbeiterrentenversicherung und um 174% in der Angestelltenrentenversicherung. Demnach ist also nicht



nur der Gesamtaufwand der Rentenversicherung gewachsen, sondern es haben auch die einzelnen Renten eine erhebliche Aufbesserung erfahren.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Die soziale Rentenversicherung in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 146 (Juni)

Die Bausparkassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet 1961

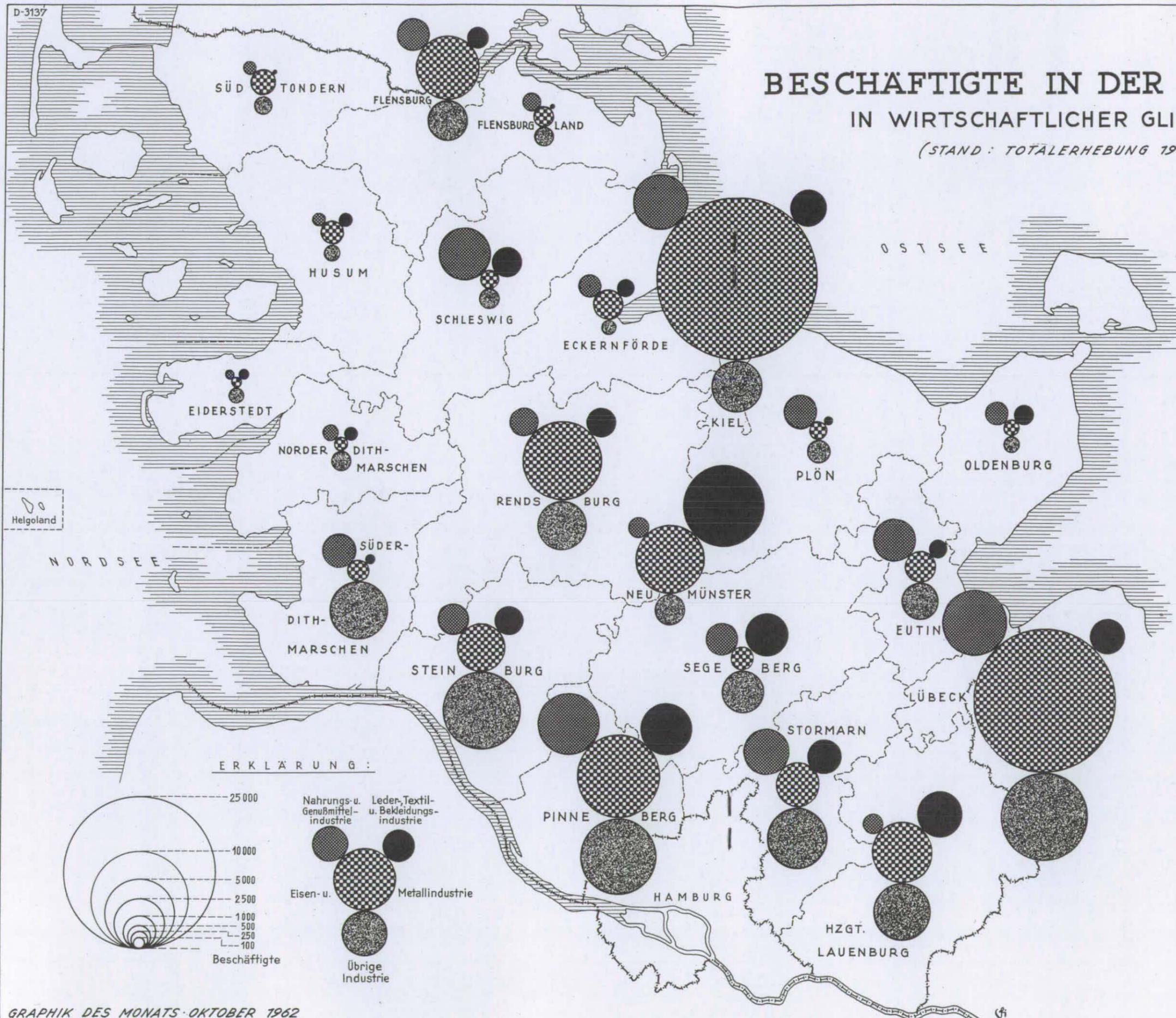
Der Anstieg des Preisindex für Wohnungsbau um 9% hat das Bausparen in der Bundesrepublik nicht beeinträchtigt. Diese 9% sind nach einer Berechnung des rheinisch-westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung mehr als der Ertrag, den die Bausparer für ihre eingezahlten Bausparbeträge in Form von Wohnungsprämien und Zinsen erhalten haben. Die Lage des Baulandmarktes hat sich ebenfalls verschlechtert. Die Bausparkassen des Bundes melden vielmehr für das Jahr 1961 eine weitere Fortsetzung des kontinuierlichen Anstiegs im Neugeschäft. Sogar die Anzahl der neuen Verträge, die seit 1958 rückläufig war, hat wieder zugenommen (+ 8%). Bei den Bausparsummen der neu abgeschlossenen Verträge (12 Mrd. DM), die von Jahr zu Jahr angestiegen sind, ist mit 12% eine erhöhte Zuwachsrate gegenüber der vorjährigen Progressionsquote (8%) zu verzeichnen. In Schleswig-Holstein sind die Zuwachsraten noch größer, was allerdings zum Teil in dem im Vergleich zum Bundesdurchschnitt niedrigen Niveau begründet ist. Auch hier nahm die Anzahl der Vertragsabschlüsse erstmals seit 1958 wieder zu, und zwar um ein Viertel. Die Zuwachsrate der Bausparsummen der neu abgeschlossenen Verträge betrug sogar 33%.

Der Bestand an nicht zugewiesenen Bausparverträgen erhöhte sich dadurch im Bundesgebiet zum 31.12.1961 auf 2,6 Mill. mit einer Vertragssumme von 44,4 Mrd. DM. Insgesamt haben die Bausparkassen am Jahresende 1961 über 3,8 Mill. Verträge und 64 Mrd. DM Vertragssumme verwaltet. Das bedeutet, daß, sofern man zu jedem Bausparer zwei weitere Familienmitglieder zählt, jeder 5. in der Bundesrepublik einer Bausparfamilie angehört.

Die durchschnittliche Bausparsumme der Neuabschlüsse ist zwar 1961 im Bundesgebiet weiterhin gestiegen, jedoch nicht mehr so stark wie 1960. Diese der Baupreisentwicklung nicht entsprechenden Zahlen lassen sich dadurch erklären, daß sie eine Resultante zweier nicht parallellaufender Werte sind: Die steigenden Bau- und Baulandpreise sowie die wachsenden Ansprüche an den Wohnungsstandard wirken erhöhend, während die zur Finanzierung von Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen abgeschlossenen Verträge, deren Zahl laufend wächst, die Durchschnittssumme drücken. In Schleswig-Holstein dagegen schlägt sich die starke Ausweitung des Neugeschäfts auch in einer kräftigeren Erhöhung der durchschnittlichen Bausparsumme nieder. Sie stieg

BESCHÄFTIGTE IN DER INDUSTRIE IN WIRTSCHAFTLICHER GLIEDERUNG

(STAND: TOTALERHEBUNG 1961)



Ende September 1961 beschäftigte die schleswig-holsteinische Industrie über 181 000 Personen, davon fast die Hälfte in Industriezweigen, die sich mit der Erzeugung und mit der weiteren Bearbeitung und Verarbeitung von Metallen befassen. Die Weiterverarbeitung ist charakteristisches Merkmal der heimischen Industriestruktur, da außer der Industrie der Steine und Erden, der Erdöl- und Nahrungsmittelindustrie die übrigen Industriezweige ihre Rohstoffe nicht im Lande vorfinden.

Die schleswig-holsteinische Industrieproduktion konzentriert sich räumlich und fachlich auf einige wenige Schwerpunkte. Mit fast 27 000 Beschäftigten nimmt der Schiffbau eine hervorragende Stellung ein. Sie wird noch dadurch unterstrichen, daß der Schiffbau auch räumlich zusammengefaßt ist. In Kiel sind 40%, in Flensburg 27% und in Lübeck 21% der jeweiligen Industriebeschäftigten auf Werften tätig. Damit wird hinreichend deutlich, in wie starkem Maße das Wirtschaftsleben dieser drei Städte von den Werften abhängt.

Einen weiteren Schwerpunkt stellen die Nahrungs- und Genussmittelindustrien dar, die sich zumindest in einigen Produktionsarten auf heimische Rohstoffe stützen können. Zu ihnen zählen insgesamt 27 500 Beschäftigte, also noch etwas mehr als zum Schiffbau. Die Standorte sind hier jedoch gleichmäßiger über das Land verteilt, nur der Landkreis Pinneberg, beeinflußt durch die unmittelbare Nähe Hamburgs, hebt sich etwas heraus.

Die nächstgrößere Industriegruppe ist die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie, in der mit 22 500 Arbeitnehmern 4 - 5 000 Personen weniger beschäftigt waren, als in den obengenannten Gruppen. Ein ähnliches Übergewicht wie der Schiffbau in den drei Küstenstädten hat in Neumünster die Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie, in der mehr als die Hälfte aller Industriebeschäftigten dieser Stadt ihren Arbeitsplatz haben.

In der Restgruppe, die hier als "übrige Industrie" bezeichnet wird, finden etwa ein Viertel aller Industriebeschäftigten des Landes ihre Beschäftigung. Gewichtiger Industriezweige sind hier die Industrie der Steine und Erden mit 9 200 Beschäftigten, die Druckereien und Vervielfältigungsbetriebe mit 7 300 Beschäftigten und die chemische Industrie mit 6 300 Beschäftigten.

Neuabschlüsse bei den privaten und öffentlichen
Bausparkassen im Jahre 1961

Zeit- raum	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet ¹		
	Ver- träge	Ver- trags- summe	Ø Ver- trags- summe	Ver- träge	Ver- trags- summe	Ø Ver- trags- summe
	in 1 000	in Mill. DM	in 1 000 DM	in 1 000	in Mill. DM	in 1 000 DM
1960	16	272	16,6	580	10 833	18,7
1. Hj. 1961	6	104	16,9	209	4 043	19,4
2. Hj. 1961	14	258	17,9	418	8 136	19,5
1961	21	361	17,6	627	12 179	19,4

1) einschl. Berlin (West) Quelle: Statistisches Bundesamt

um 1 000 DM auf 17 600 DM gegenüber einem Anstieg von 900 DM im Jahre 1960; lag damit aber immer noch um 1 800 DM unter dem Bundesdurchschnitt.

In der jahreszeitlichen Verteilung des Neugeschäfts haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben. Zwei Drittel aller Bausparverträge des Bundesgebietes sind sowohl der Anzahl als auch der Vertragssumme nach im 2. Halbjahr 1961 geschlossen worden, davon wiederum die Mehrzahl im Dezember. In Schleswig-Holstein ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Bausparkassen sehen darin hauptsächlich eine Auswirkung von steuerlichen Gesichtspunkten und ihrer am Jahresende stärker einsetzenden "Stichtagwerbung".

Die meisten Bausparer in der Bundesrepublik sind Arbeitnehmer. Auch die Mehrzahl der Neuabschlüsse des Jahres 1961 wurde von ihnen getätigt. Von 1 000 Verträgen entfielen auf sie 630:

Arbeiter	270
Angestellte	260
Beamte	100
Selbständige	170

Von 1 000 DM Vertragssumme stellten die Arbeitnehmer 550 DM. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild:

Arbeiter	230 DM
Angestellte	230 DM
Beamte	90 DM
Selbständige	240 DM

Der Anteil der Selbständigen in Handel und Industrie an der Bausparsumme ist also im Verhältnis zur Anzahl ihrer Verträge sehr hoch. Daher ergibt sich auch eine starke Differenz in der durchschnittlichen Bausparsumme:

Alle Bausparer	19 000 DM
Selbständige	27 000 DM
Arbeitnehmer	17 000 DM

Eine Untersuchung der örtlichen Streuung der Bauspartätigkeit zeigt ein interessantes Bild. Der Verband der privaten Bausparkassen hat darüber eine Repräsentativerhebung durchgeführt. Danach wollen mehr als zwei Drittel der

1961 "zugeteilten" Bausparer in Landgemeinden und Kleinstädten und mehr als vier Fünftel in Landgemeinden, Kleinstädten und Mittelstädten bauen; über drei Zehntel der Bundesbürger wohnen in Großstädten.

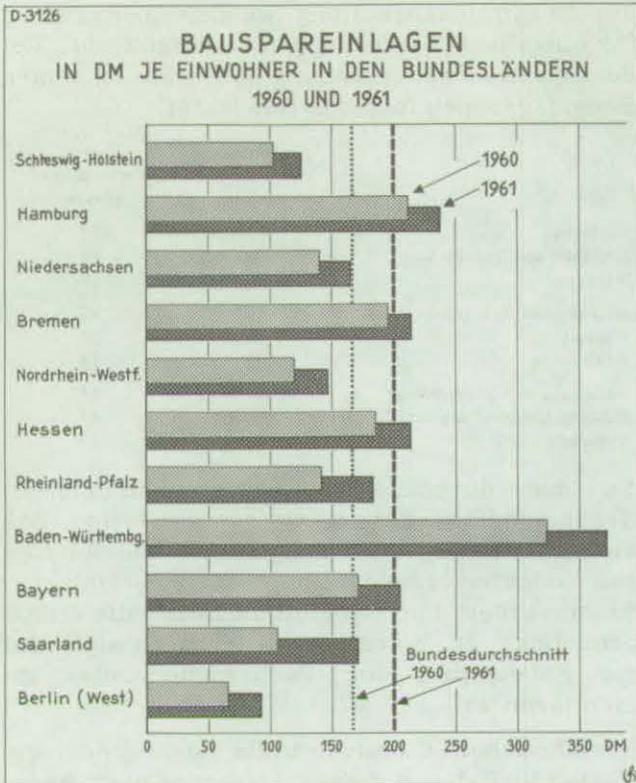
Ein- und Auszahlungen 1960 und 1961

	1960		1961	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
	Bundesgebiet ¹			
Spargeldeingänge ²	3 642	72	4 216	72
Prämieneingänge ³	419	8	470	8
Zins- und Tilgungs- eingänge	981	19	1 151	20
Eingänge insgesamt	5 042	100	5 837	100
Auszahlungen ⁴	4 094	.	5 043	.
	Schleswig-Holstein			
Spargeldeingänge ²	94	69	117	69
Prämieneingänge ³	11	8	12	7
Zins- und Tilgungs- eingänge	32	23	41	24
Eingänge insgesamt	136	100	170	100
Auszahlungen ⁴	127	.	143	.

1) einschl. Berlin (West) 2) ohne Zinsgutschriften 3) nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz 4) Auszahlungen von Bauspareinlagen, Bauspardarlehen, Zwischenkrediten und sonstigen Baudarlehen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der gesamte Geldeingang bei den Bausparkassen der Bundesrepublik betrug 1961 über 5,8 Mrd. DM. Dieser Hauptteil des Passivgeschäfts der Bausparkassen dehnte sich damit um über ein Sechstel aus. In Schleswig-Holstein wurde ein Geldeingang von 170 Mill. DM registriert, ein Viertel mehr als im Vorjahr. Das bei weitem größte Gewicht haben dabei die Spargeldeingänge. Im Bundesgebiet machen sie fast drei Viertel und in Schleswig-Holstein fast sieben Zehntel der gesamten Geldeingänge aus. Der jährliche Rhythmus stimmt weitgehend mit dem des Neugeschäfts überein. Auch beim Spargeldeingang, der sich im Bundesgebiet 1961 gegenüber 1960 um fast ein Sechstel und in Schleswig-Holstein um ein Viertel ausgedehnt hat, liegt der Schwerpunkt im 2. Halbjahr und dort wiederum im letzten Quartal. Die politischen Ereignisse im Zusammenhang mit der Berlin-krise haben den Spareifer der Bausparer im Gegensatz zu dem der Kontensparer nicht beeinflusst. Der Anteil des Bausparens an der Gesamtersparnis hat sich vielmehr erhöht und machte 1961 fast ein Viertel aus. Die Bauspareinlagen pro Kopf der Bevölkerung sind dadurch in der Bundesrepublik um ein Fünftel auf 200 DM und in Schleswig-Holstein um 23% auf 125 DM angestiegen. Schleswig-Holstein liegt aber immer noch unter dem Bundesdurchschnitt und steht, wie auch beim Kontensparen, an letzter Stelle der Bundesländer. Baden-Württemberg, wo die Bausparfreudigkeit besonders ausgeprägt ist, nimmt auch weiterhin die Spitze ein. Hier legen die Einwohner im Durchschnitt



dreimal soviel für das Bausparen an wie in Schleswig-Holstein.

Auch die anderen Posten der Geldeingänge dehnten sich aus, wenn auch nicht so stark wie die Spargeldeingänge. Die Zins- und Tilgungsbeträge beliefen sich im Bundesgebiet auf 1,2 Mrd. DM und waren damit um 170 Mill. DM oder 17% höher als 1960. In Schleswig-Holstein konnte eine kräftige Zunahme um drei Zehntel auf 41 Mill. DM festgestellt werden. An Wohnungsbauprämien gingen bei den Bausparkassen des Bundes 470 Mill. DM ein. Der Staat gab also 1961 über ein Zehntel oder 51 Mill. DM mehr dafür aus als 1960. Trotz dieser Steigerung ging ihr Anteil an den Spargeldeingängen leicht zurück. Durchschnittlich wurde jedem Bausparer im Berichtsjahr etwa 300 DM an Wohnungsprämien überwiesen.

Im Aktivgeschäft erzielten die Bausparkassen im Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein mit der Gewährung von Bauspardarlehen und Zwischenkrediten in Höhe von 7,5 Mrd. DM und 212 Mill. DM einen neuen Höchststand. Die Zwischenkredite allein ergeben im Bund eine Summe von 1,7 Mrd. DM und in Schleswig-Holstein eine solche von 35 Mill. DM. Die Zuwachsrate war jedoch wiederum niedriger als die der Bauspareinlagen, so daß sich die Differenz zwischen beiden und damit der Finanzierungsspielraum weiterhin ausdehnte; er bezifferte sich Ende 1961 im Bund auf 3,7 Mrd. DM und in Schleswig-Holstein auf 79 Mill. DM. Diese Entwicklung ist eine Auswirkung der verzögerten Inanspruchnahme "zugeteilter" Baugelder, was in der Hauptsache an der schwierigen Baulandbeschaffung und den stark steigenden Baukosten liegen dürfte.

Quellen- und Literaturhinweise

1. Verband der Privaten Bausparkassen e. V.: Bericht über das Geschäftsjahr 1961, Bonn 1962
2. Geschäftsstelle Öffentliche Bausparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V.: Jahresbericht 1961, Bonn 1962
3. Verband der Privaten Bausparkassen e. V.: (W. Lehmann Herausgeber): Privates Bausparwesen 1961, Bonn 1961
4. W. Fey: Die Quellen der Wohnungsbaufinanzierung in der Bundesrepublik im Jahr 1961, in: Bundesbaublatt Heft 4 (April) 62, S. 170 ff.
5. D. Culp: Entwicklungslinien im Deutschen Bausparwesen, in: Deutsche Wohnungswirtschaft, Heft 11 (Nov.) 1961, S. 322 ff.
6. Rhein-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen: Zur Entwicklung des privaten Sparens, Heft 5 (Mai) 1962, S. 125 ff.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Das Bauspargeschäft in Schleswig-Holstein und im Bund 1958 bis 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 143 (Juni) und "Das Bauspargeschäft 1961" in Wirtschaft und Statistik 1962, S. 424 (Juli)

Die Entwicklung der Verbraucherpreise

Allgemeines

Unter "Verbraucherpreisen" sind die Preise zu verstehen, die die privaten Haushalte für Waren, Dienste und Nutzungen bezahlen müssen. Um die durchschnittlichen Preisbewegungen dieser mannigfaltigen Güter, die zum Bedarf der Haushalte gehören, in den Griff zu bekommen, errechnet die amtliche Statistik den sog.

"Preisindex für die Lebenshaltung". Für Schleswig-Holstein wird seit 1956 kein eigener Preisindex mehr berechnet, da jahrelange Erfahrungen gezeigt haben, daß die Entwicklung der Verbraucherpreise in unserem Land nur unerheblich von der im gesamten Bundesgebiet abweicht. Die nachstehenden Ausführungen beziehen sich deshalb lediglich auf Bundesdurchschnitte.

Zum besseren Verständnis des weiteren sei folgender methodischer Exkurs erlaubt. Der Preisindex für die Lebenshaltung hat die Aufgabe, die Preisbewegung auf dem Verbrauchssektor isoliert von Veränderungen in der Menge und Qualität der gekauften Güter darzustellen. Um dieses Ziel erreichen zu können, muß sich der Statistiker einer Fiktion bedienen. Er muß so tun, als ob alle anderen Faktoren, die den privaten Verbrauch beeinflussen, konstant blieben, wie z. B. das verfügbare Einkommen, die Familiengröße, die Verbrauchsgewohnheiten und die Angebotsstruktur. Er bedient sich dazu der sog. Warenkorbmethode. An Hand von Anschreibungen repräsentativ ausgewählter Haushalte¹ wird ein Warenkorb zusammengestellt, d. h. es wird bei jedem Gut an Hand der Ausgabenbeträge, die die Haushalte dafür aufgewendet haben, festgelegt, welches Gewicht ihm bei der Indexberechnung zukommt. So haben z. B. die Grundnahrungsmittel Brot und Kartoffeln ein ungleich größeres Gewicht als Pfeffer und Salz. Indem man diesen Warenkorb in seiner Zusammensetzung konstant läßt und ihn jeweils mit den aktuellen Preisen bewertet, kann man die Preisbewegung isoliert darstellen. Allerdings verliert die Aussage des Indexes in dem Maße an Wirklichkeitsnähe, wie sich die Verbrauchsstruktur gegenüber den einmal im Warenkorb festgelegten Mengenverhältnissen ändert. Die Statistik begegnet diesem Mangel, indem sie von Zeit zu Zeit den Warenkorb erneuert. Wie der kundige Leser weiß, wurde der Preisindex für die Lebenshaltung bis vor kurzem auf Grund der Verbrauchsverhältnisse von 1950 berechnet. Infolge des wirtschaftlichen Wachstums mit ständig steigenden Einkommen und reicher werdendem Warenangebot verschob sich die Struktur des privaten Verbrauchs, so daß eine Anpassung der Indexberechnung erforderlich wurde. Das Statistische Bundesamt wählte als neue Basis das Jahr 1958. Der alte Warenkorb wurde den Verhältnissen von 1958 angepaßt. Man strich inzwischen bedeutungslos gewordene Güter, nahm neue Waren (z. B. gewisse Kunststoffzeugnisse und Fernsehgeräte) auf und gab den verbleibenden Gütern aktuellere Gewichte. Der Wert des Warenkorbs im Basisjahr wird gleich 100 gesetzt, und von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr wird ermittelt, wie dieser Wert sich ändert. Ist der Index größer als 100, so ist der Warenkorb gegenüber dem Basisjahr 1958 teurer geworden; ist der Index kleiner als 100, so ist er billiger geworden. Außer dem Index für

die Gesamtlebenshaltung werden Indexziffern für einzelne Bedarfsgruppen veröffentlicht. Bei der neuen Indexberechnung haben die einzelnen Bedarfsgruppen folgende Gewichte:

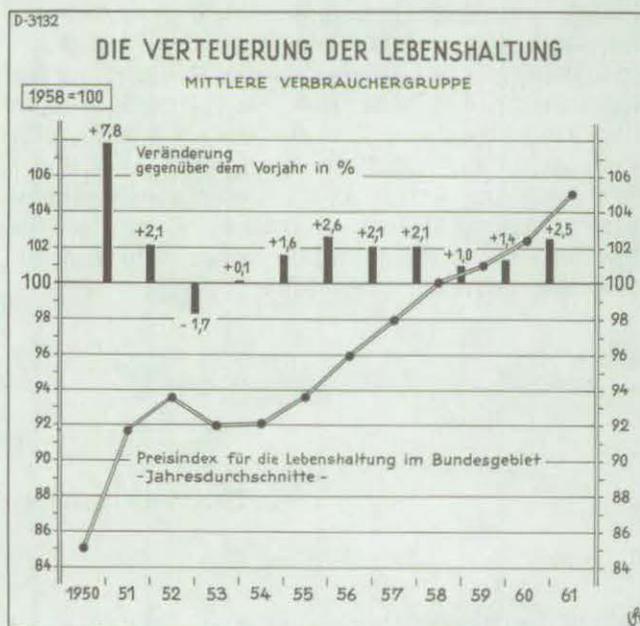
	Mittlere Verbrauchergruppe	- in % -	Untere Verbrauchergruppe
Ernährung	385		437
Getränke und Tabakwaren	85		84
Wohnung	94		125
Heizung und Beleuchtung	48		82
Hausrat	87		59
Bekleidung	131		82
Reinigung und Körperpflege	44		53
Bildung, Unterhaltung und Erholung	86		49
Verkehr	40		30

Es kann durchaus vorkommen, daß einzelne Gruppenindices derart steigen und fallen, daß sich die Bewegungen ausgleichen und der Gesamtindex unverändert bleibt. Es empfiehlt sich daher, außer dem Gesamtindex auch die Gruppenindices zu betrachten, wenn man sich über die Entwicklung der Verbraucherpreise informieren will.

Ausführlichere Einblicke in die Indexberechnung können im Rahmen dieses Aufsatzes nicht gegeben werden. Der an preisstatistischen Methoden interessierte Leser findet Näheres darüber in der Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes².

Der langjährige Anstieg der Verbraucherpreise

In den zwölf Jahren seit 1950 haben sich die Verbraucherpreise im Schnitt um nahezu ein



1) Die mittlere Verbrauchergruppe besteht aus 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit monatlichen Lebenshaltungsausgaben von rd. 570 DM nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 (für die Zeit vor 1957 mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950). Die untere Verbrauchergruppe besteht aus 2-Personen-Haushalten von Renten- und Fürsorgeempfängern mit Lebenshaltungsausgaben von rd. 260 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958

2) Der neue Preisindex für die Lebenshaltung, in "Wirtschaft und Statistik" Nov. 1952, S. 439 ff., Zur Aussagekraft von Preisindexziffern der Lebenshaltung, Jan. 1960, S. 5 ff., Der Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe auf der Basis 1958, Jan. 1961, S. 11 ff. und Der Preisindex für die Lebenshaltung einer unteren Verbrauchergruppe auf der Basis 1958, Nov. 1961, S. 629 ff.

Viertel erhöht. Bild 1 veranschaulicht den Verlauf des Preisindex für die Lebenshaltung, der als Maßstab für die durchschnittliche Entwicklung der Verbraucherpreise konstruiert wurde. Infolge des Korea-Booms war der Preisindex im Jahre 1951 stark in die Höhe geschwungen. Er hatte im Dezember 1950 noch bei 86 (1958 = 100) gelegen und war bis Dezember 1951 auf 95 geklettert; das entspricht einer Steigerung in Jahresfrist um reichlich ein Zehntel. In den beiden folgenden Jahren sanken die Preise allmählich wieder ab, so daß um die Jahresmitte 1953 etwa der gleiche durchschnittliche Preisstand erreicht war wie Mitte 1951. Ab 1954 hat sich die Lebenshaltung dann ständig verteuert. In keinem der acht Jahre war die jährliche Zuwachsrate von Dezember bis Dezember beim Preisindex für die Lebenshaltung kleiner als 1%. Die nach oben tendierende Preisbewegung kam in diesen Jahren folglich niemals zum Stillstand. Von Dezember 1960 bis Dezember 1961 stieg der Preisindex um 3,1%. Das war die stärkste Erhöhung der Verbraucherpreise seit dem außergewöhnlichen Anstieg im Jahre 1951.

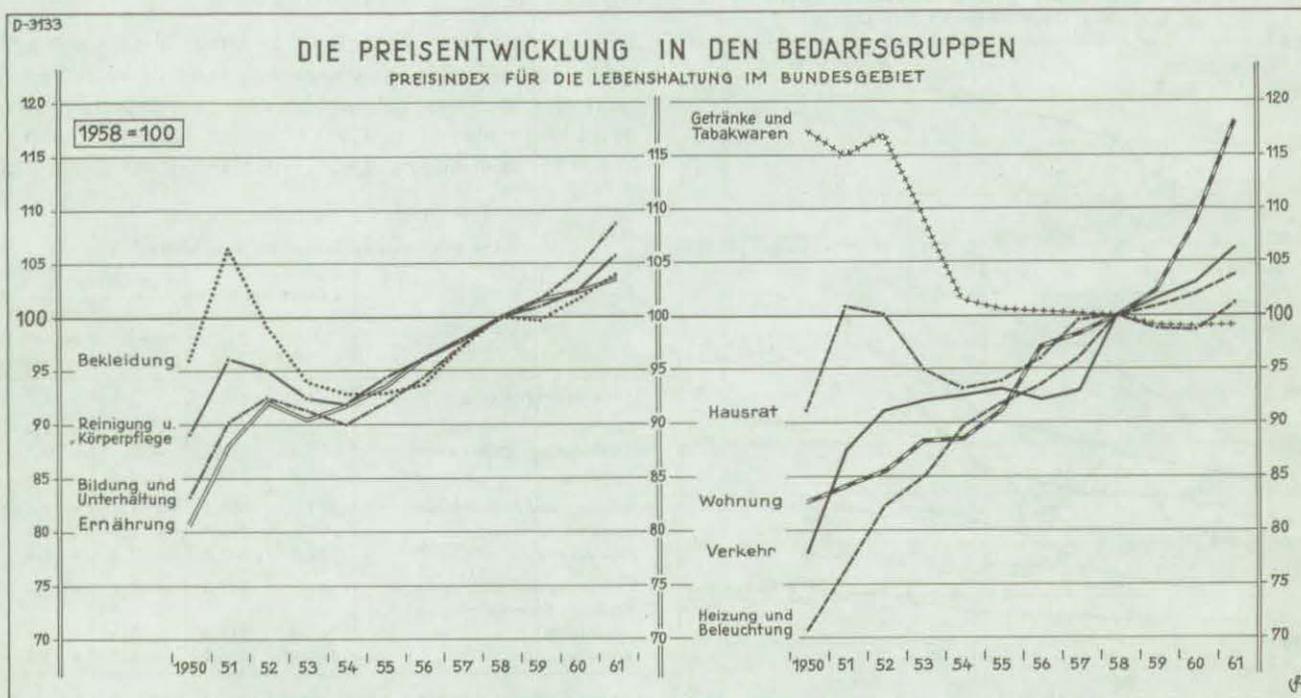
Aus Bild 2 geht hervor, wie unterschiedlich sich die Preise in den einzelnen Bedarfsgruppen der Lebenshaltung veränderten. Billiger wurden in den zwölf Jahren nur die Getränke und Tabakwaren. Der heftige Preisrückgang im Jahre 1953 rührt daher, daß damals die Verbrauchssteuern für Zigaretten, Tabak, Kaffee und Tee gesenkt wurden. Für die Haushaltskassen der mittleren Verbrauchergruppe ist der Nutzen dieser Preissenkung nicht besonders groß gewesen, da die Gruppe "Getränke und Tabakwaren" von den gesamten Ausgaben für die Le-

benshaltung nur 8,5% ausmacht. In allen anderen Bedarfsgruppen sind die Preise gestiegen, am geringsten in den Gruppen "Bekleidung" und "Hausrat", am stärksten in den Gruppen "Heizung und Beleuchtung" sowie "Wohnung".

Im einzelnen erhöhte sich der Gruppenindex von 1950 bis 1961 für

Bekleidung	um	8,2%
Hausrat	"	10,9%
Reinigung und Körperpflege	"	18,6%
Ernährung	"	28,2%
Bildung und Unterhaltung	"	30,3%
Verkehr	"	36,2%
Wohnung	"	42,9%
Heizung und Beleuchtung	"	46,7%

Wie man sieht, sind an der Verteuerung der Lebenshaltung, abgesehen von der Gruppe "Getränke und Tabakwaren" - wenn auch in verschiedenem Ausmaß - alle Bedarfsgruppen beteiligt. Hinsichtlich der Belastung des Wirtschaftsgeldes der Hausfrau dürfte die Erhöhung der Preise für die Ernährung am stärksten wiegen. Denn bei der mittleren Verbrauchergruppe werden knapp zwei Fünftel der Ausgaben für die gesamte Lebenshaltung für die Ernährung ausgegeben. Bei der unteren Verbrauchergruppe ist dieser Anteil noch größer. Der relativ geringe Preisanstieg für Bekleidung kam besonders den mittleren und gehobeneren Verbraucherkreisen zugute, weil hier die Bekleidung nach der Ernährung die wichtigste Bedarfsgruppe ist. Die starke Steigerung der Mieten trifft die untere Verbrauchergruppe besonders stark, weil bei ihr nicht das Kleiden sondern das Wohnen in der gewichtsmäßigen Bedeutung gleich nach dem Essen kommt.



Der Preisverlauf im Jahre 1961

Obwohl 1960 Hochkonjunktur herrschte, war der Preisindex für die Lebenshaltung in diesem Jahre nicht so kräftig angestiegen. Infolge einer guten Ernte waren die Preise von Kartoffeln, Gemüse und Obst stark gesunken. Auch Butter, Käse, Schmalz und eine Reihe weiterer Nahrungsmittel waren billiger geworden. Diese Preissenkungen waren immerhin so durchschlagend gewesen, daß eine Reihe von Preisherabsetzungen den Gesamtindex nicht nennenswert erhöhen konnte.

Im Laufe des Jahres 1961 hingegen steigerten sich die Verbraucherpreise stärker als in allen vorhergehenden Jahren seit dem Korea-Boom im Jahre 1951. Im Gegensatz zu der vorjährigen Entwicklung waren an dem diesjährigen Preisanstieg gerade die Nahrungsmittelpreise erheblich beteiligt. Somit war die Steigerung der Verbraucherpreise 1961 nicht nur quantitativ merklich größer, sondern traf auch die Verbraucherbudgets ungleich stärker als die vorjährige, weil sie gerade in der wichtigen Bedarfsgruppe "Ernährung" mit am heftigsten auftrat. In der ersten Jahreshälfte 1962 setzte sich der beachtliche Anstieg der Verbraucherpreise fort, wiederum getragen durch die Verteuerung der Ernährung.

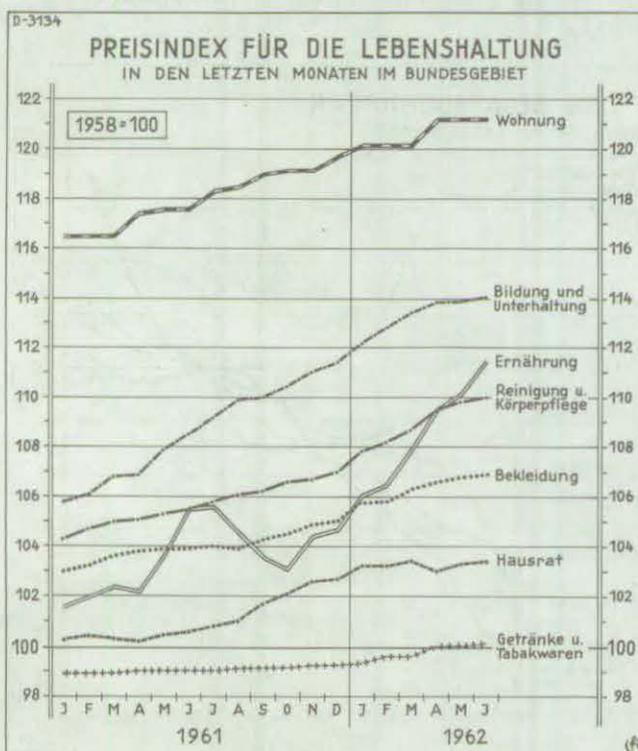
Bild 3 und die Tabelle vermitteln einen Eindruck von der Preisbewegung bei den Bedarfsgruppen. Im einzelnen ist dazu folgendes zu sagen.

Ernährung: Im ersten Vierteljahr 1961 stiegen infolge der Saisonlage die Preise für Gemüse, Obst, Südfrüchte und Kartoffeln; außer-

dem verteuerten sich Brot und Backwaren. Im April ging der Gruppenindex "Ernährung" vorübergehend leicht zurück. Billiger geworden waren insbesondere Eier, frische Seefische, Südfrüchte, Schweinebauchfleisch, Schweineschmalz und Markenschokolade, außerdem Salat und Spinat. Das beachtliche Ansteigen der Nahrungsmittelpreise im Mai und Juni war in erster Linie wieder saisonbedingt. So verteuerten sich weiterhin Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte. Die Eierpreise zogen wie immer um diese Zeit an; außerdem erhöhten sich die Preise für Brot, Schweinekotelett und Pflanzenöl. In den drei Monaten von August bis Oktober gingen die Nahrungsmittelpreise dem jahreszeitlichen Verlauf entsprechend zurück. Es verbilligten sich vor allem Kartoffeln, Obst und Gemüse. Ferner gaben Eier, Geflügel sowie Gemüse- und Obstkonserven im Preise nach. Von November 1961 bis Juni 1962, dem letzten Monat, der in diese Betrachtung einbezogen wurde, ist der Gruppenindex "Ernährung" ständig gestiegen und war damit weitgehend für die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung ausschlaggebend. Bei Gemüse und Obst schlug der jahreszeitliche Preisverlauf im November wieder in die entgegengesetzte Richtung um, sie wurden also wieder teurer. Weiter angezogen haben in der ersten Jahreshälfte 1962 unter anderem die Preise für Brot, fertige Speisen in Gaststätten und nichtalkoholische Getränke.

Im Laufe des Jahres 1961 erhöhte sich der Brotpreis insgesamt um 7,8%. Die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Obst lagen im Schnitt höher als in dem günstigeren Erntejahr 1960. Es wurden ferner Fleisch, Butter, Pflanzenöl und fertige Mahlzeiten in Gaststätten teurer. Billiger wurden infolge günstiger Angebote aus dem Ausland Geflügel und Eier.

Die Preise für Getränke und Tabakwaren haben sich im ganzen gesehen kaum verändert. Bier ist etwas teurer geworden, während alle übrigen Getränke im Haushaltsverbrauch, besonders Wein, billiger wurden.



Preisindex für die Lebenshaltung¹
Der Preisanstieg in den Bedarfsgruppen

Bedarfsgruppe	Indezzziffer für		Veränderung in %	
	Dezember 1960	Dezember 1961	Dez. 1961 gegen Dez. 1960	Ø 1961 gegen Ø 1960
Gesamtlebenshaltung	103,1	106,3	+ 3,1	+ 2,5
Ernährung	100,9	104,7	+ 3,7	+ 1,2
Getränke und Tabakwaren	99,0	99,2	+ 0,2	+ 0,1
Wohnung	115,8	119,7	+ 3,4	+ 8,6
Heizung und Beleuchtung	103,6	105,2	+ 1,6	+ 1,6
Hausrat	99,8	102,7	+ 2,9	+ 2,6
Bekleidung	102,5	105,0	+ 2,5	+ 2,4
Reinigung und Körperpflege	104,0	107,0	+ 2,9	+ 3,0
Bildung, Unterhaltung und Erholung	105,4	111,4	+ 5,7	+ 4,1
Verkehr	105,9	106,7	+ 0,7	+ 3,1

1) Mittlere Arbeitnehmer-Haushalte Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Wohnungsmieten haben sich bei Neustbauten um 3,2%, bei Altbauwohnungen um 1,9% und bei Neubauwohnungen um 1,4% gesteigert. Auch die Preise für Reparaturen erhöhten sich. - Der starke Anstieg der Wohnungsmieten im Laufe des Jahres 1960 ist übrigens eine Folge des 2. Bundesmietengesetzes.

Die 1959 freigegebenen Einzelhandelspreise für Kohle frei Haus, sind 1961 um 3,6% gestiegen. Bei Heizöl zog der Preis um 2,1% an.

Beim Hausrat haben sich vor allem die Metallwaren (+ 5,2%), Möbel (+ 4,1%) und Betten, Decken, Gardinen, Teppiche sowie Holz-, Korb-, Bürsten- und Gummiwaren verteuert. Waren aus Kunststoff wurden um 4,3% billiger.

In der Gruppe der "Bekleidung" zeigten Erzeugnisse aus chemischen Textilfasern (ohne Kunstseide) den geringsten, Woll- und Baumwollwaren dagegen den stärksten Preisanstieg.

Erwähnenswert sind noch folgende Preiserhöhungen: Druckerzeugnisse um 8,1%, Eintritts-

karten für Oper, Theater und Kino um 5,3%, Benutzung örtlicher Verkehrsmittel um 4,1%, Friseurleistungen um 3,6% sowie Reinigung von Wäsche, Bekleidung und Wohnung um 5,1%, Urlaubsreisen verteuerten sich trotz der starken Nachfrage nur um 1,7%. Benzin verbilligte sich um 4,6%, während die Reparaturpreise für die private Kraftfahrzeughaltung um 8,4% teurer wurden.

Ein Blick auf Bild 3 zeigt, daß sich die Preise in der ersten Jahreshälfte 1962 nicht nur wie bereits erwähnt auf dem Ernährungssektor, sondern auch in den meisten anderen Bedarfsgruppen ständig erhöhten. Es bleibt abzuwarten, ob der saisonbedingte Rückgang der Nahrungsmittelpreise, der sich im August durch das Billigerwerden von Kartoffeln und Gemüse anbahnte, in den folgenden Monaten so stark sein wird, daß er die bis jetzt beobachtete ständige Verteuerung der Lebenshaltung in nennenswertem Maße mildern kann.

Dr. Enno Heeren

Kurzberichte

Ingenieurschulen 1961/62

In Schleswig-Holstein bestanden im Wintersemester 1961/62 sechs Ingenieurschulen, an denen 2 133 deutsche und 22 ausländische Studierende eingeschrieben waren. Die Zahl der Studierenden hat damit weiterhin zugenommen und lag um 314 höher als im Winter 1960/61. Rund zwei Drittel der Studierenden hatten ihren ständigen Wohnsitz in Schleswig-Holstein, 9% kamen aus Nordrhein-Westfalen und gleichfalls 9% aus Niedersachsen.

Von den deutschen Studierenden - in allen folgenden Aussagen werden nur diese berücksichtigt - hatten 32% Physik und 29% Bauwesen belegt. Auch die Fachgebiete Maschinenwesen (13%), Schiffsingenieurwesen (12%) und Elektrotechnik (8%) hatten hohe Hörerzahlen.

Der Besuch einer Ingenieurschule setzt keine abgeschlossene höhere Schulbildung voraus. Die meisten Studierenden (56%) hatten eine abgeschlossene Mittelschulbildung, 21% hatten eine höhere Schule besucht, ohne den Abschluß zu machen, und 19% hatten weniger als die Mittlere Reife. Als Berufsausbildung konnte der größte Teil der Studierenden (84%) eine abgeschlossene Lehre vorweisen. Durch den Besuch von Berufsaufbaulehrgängen und durch die Ablegung einer Fachschulreifeprüfung haben sich viele Jugendliche den Zugang zur Ingenieurschule erschließen können. Knapp ein Drittel der Ingenieurschüler gab an, die Fachschulreifeprüfung abgelegt zu haben.

Die Ingenieurschulen in Schleswig-Holstein
im Wintersemester 1961/62

Schule	Studierende		Hauptamtliche	Nebenamtliche und nebenberufliche
	Deutsche	Ausländer		
Lehrkräfte				
Staatliche Ingenieurschule Kiel	512 ^a	8 ^a	37	5
Staatliche Schiffsingenieurschule Flensburg	266	-	22	10
Staatsbauschule Eckernförde - Ingenieurschule für Bauwesen	359	-	25	1
Staatsbauschule Lübeck - Ingenieurschule für Bauwesen	274	1	20	1
Textilfach- u. Ingenieurschule Neumünster	48	8	7	7
Physikalisch-Technische Lehranstalt Lübeck	674	5	11	1
Insgesamt	2 133	22	122	25
darunter Frauen	22	-	-	1

a) ohne 9 deutsche und 1 ausländischen Teilnehmer an einem Zusatzsemester für Isotopentechnik

Von den Studierenden, die bereits im Sommersemester 1961 auf einer Ingenieurschule waren, finanzierten 38% ihr Studium überwiegend aus Mitteln der Eltern und 31% aus eigener Erwerbstätigkeit.

Die Studierenden der Ingenieurschulen wurden im Wintersemester 1961/62 von 122 hauptamtlichen Lehrkräften ausgebildet. Fast zwei

Drittel der Lehrkräfte (79) waren Hochschulingenieure. Außerdem unterrichteten noch 25 nebenamtliche oder nebenberufliche Lehrkräfte.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Die Ingenieurschulen im Wintersemester 1960/1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 24 (Januar)

Der industrielle Heizölverbrauch

Die schleswig-holsteinische Industrie (Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) verbrauchte im Jahre 1961 über 600 000 t Heizöl. Bei mehr als neun Zehntel der verbrauchten Menge handelt es sich um mittelschweres und schweres Heizöl.

Der Heizölverbrauch hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen; er belief sich im Jahre 1955 auf 238 000 t, verdoppelte sich bis 1959 und lag mit 546 000 t im Jahre 1960 um fast 12% über der verbrauchten Menge des Jahres 1959; von 1960 bis 1961 nahm er abermals um 10% zu. In absoluten Zahlen ausgedrückt betrug der Mehrverbrauch in den Jahren 1960 und 1961 bezogen auf das jeweilige Vorjahr 58 000 t und 56 000 t. Dagegen ist der Kohleverbrauch (umgerechnet in t-SKE) seit 1955 rückläufig. Von 970 000 t im Jahre 1955 ging er um etwa ein Sechstel auf 816 000 t im Jahre 1961 zurück. Dieser Verbrauchsrückgang wog um so schwerer, als in dem betrachteten Zeitraum die Industrieproduktion - gemessen am Produktionswert (brutto) - von 4 Mrd. DM auf nahezu 7 Mrd. DM anstieg.

Eine kräftige Ausweitung ist auch bei der Erzeugung von Heizöl aller Art festzustellen. Sie nahm von 1959 bis 1961 um gut ein Drittel von 439 000 t auf 597 000 t zu und deckte damit nahezu den industriellen Heizölverbrauch. Für den weiteren Verbrauch in Haushaltungen und Krankenhäusern usw. mußten nicht unerhebliche Mengen importiert werden. Ergänzend dazu sei noch erwähnt, daß die heimische Erdölförderung 1961 über 470 000 t rohes Erdöl erbrachte.

Verbrauchsschwerpunkt war - wie auch in den Vorjahren - die Industrie der Steine und Erden, das sind in der Hauptsache Zement-

werke, Ziegeleien und Kalksandsteinfabriken. Auf diese Industriegruppe entfielen 1955 reichlich vier Zehntel und 1961 knapp vier Zehntel des gesamten industriellen Heizölverbrauchs. Ein weiterer großer Heizölverbraucher ist die Holzschliff-, Papier- und Pappenindustrie, die 1961 mit über 90 000 t Jahresverbrauch nicht ganz ein Sechstel der Gesamtmenge benötigte. Auch in der Mineralölverarbeitung selbst wird zunehmend Heizöl für die Produktion verwandt. Der Verbrauch stieg hier von 13 000 t im Jahre 1955 auf 86 000 t im Jahre 1961.

Die Umstellung auf Ölfeuerung, die in den Jahren 1955 bis 1959 beschleunigt vorgenommen wurde, scheint nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen zu sein. Im 1. Halbjahr 1962 wurden zwar mit 311 000 t noch gut 20 000 t Heizöl mehr als im 1. Halbjahr 1961 verbraucht. Gegenüber dem 2. Halbjahr 1961 hat der Verbrauch jedoch nicht mehr zugenommen.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Schwerbeschädigte am 30.6.1962

Die Gesamtzahl der nach dem Schwerbeschädigtengesetz geschützten Personen hat sich auch seit dem letzten Bericht¹ weiter in der gleichen Richtung verändert; sie hat leicht zugenommen, 1961 um etwa 250 Personen, und jetzt den Stand von fast 36 000 erreicht. Von den einzelnen Personengruppen, die das Gesetz unterscheidet - siehe Tabelle -, verringern nur die Schwerkriegsbeschädigten ihre Zahl; alle anderen Gruppen nehmen seit Jahren, wenn auch nur langsam, an Umfang zu:

	31. 12. 1960	30. 6. 1962
Schwerbeschädigte	27 446	27 260
davon Schwerkriegsbeschädigte	23 915	23 283
Blinde	1 244	1 553
übrige Schwerbeschädigte	2 287	2 424
Gleichgestellte	7 997	8 657
davon Kriegsbeschädigte	4 049	4 275
Schwererwerbsbeschränkte	3 359	3 741
Minderbeschädigte	589	641
Insgesamt	35 443	35 917

Da die Anerkennung als Schwerbeschädigter oder Gleichgestellter z. T. auf Tatbeständen beruht, die jederzeit eintreten können, wird sich die Zahl der geschützten Personen auch künftig nur wenig ändern. Der leichte Anstieg der Gesamtzahl, der seit Jahren zu beobachten ist, kann sich allerdings auch in eine leichte Abnahme wandeln, dann nämlich, wenn einmal mehr Kriegsbeschädigte ausscheiden, als bei den anderen Gruppen neu hinzukommen.

Arnold Heinemann

1) Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 94 (April)

Industrieller Heizölverbrauch in Schleswig-Holstein

	Ges. Industrie	Grundstoffe u. Prod. Güter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter	Nahrungsmittel u. Genussmittel
	1 000 t				
1955	238	212	2	6	17
1959	488	373	12	40	63
1960	546	400	15	52	79
1961	602	441	19	57	86

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958		1961		1961			1962		
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
		r	p	p	p	p	p	p	p	p	
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
Bevölkerungsstand (Monatsende)											
*Wohnbevölkerung	1 000	r 2 267	p 2 317	p 2 319	p 2 322	p 2 325	p 2 339	p 2 342	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen ¹⁾											
*Anzahl		1 654	1 877	2 093	2 224	3 205	2 014	2 454	2 122	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	p 9,7	11,0	p 11,3	p 16,3	p 10,2	p 12,8	p 10,7	...	
Lebendgeborene ²⁾											
*Anzahl		2 867	3 355	3 339	3 311	3 373	3 681	3 358	3 366	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	p 17,4	17,5	p 16,8	p 17,1	p 18,6	p 17,5	p 16,9	...	
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)											
*Anzahl		2 173	2 290	2 349	2 062	2 175	2 332	2 213	2 148	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	p 11,9	12,3	p 10,5	p 11,0	p 11,8	p 11,5	p 10,8	...	
darunter im ersten Lebensjahr											
*Anzahl		93	95	92	101	91	85	83	71	...	
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	28,4	27,6	30,5	27,0	23,1	24,7	21,1	...	
Mehr geboren als gestorben											
*Anzahl		694	1 065	990	1 249	1 198	1 349	1 145	1 218	...	
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	p 5,5	5,2	p 6,3	p 6,1	p 6,8	p 6,0	p 6,1	...	
Wanderungen											
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	7 031	8 067	7 063	6 791	8 346	6 883	
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	5 958	6 651	4 790	5 002	6 512	5 268	
*Wanderungsgewinn		260	1 073	1 416	2 273	1 789	1 834	1 615	
*Umzüge innerhalb des Landes ⁴⁾		9 666	9 958	11 109	8 497	7 913	11 154	7 841	
Wanderungsfälle ⁴⁾											
Anzahl		22 452	22 947	25 827	20 350	19 706	26 012	19 992	
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁵⁾		170	p 170	194	p 146	p 140	p 187	p 145	
Umsiedler		609	234	409	136	261	146	124	160	139	
davon nach											
Nordrhein-Westfalen		326	116	127	52	128	86	47	79	56	
Baden-Württemberg		43	17	25	16	17	24	11	11	14	
Rheinland-Pfalz		10	3	10	-	-	-	3	4	-	
Hessen		12	2	-	-	-	-	5	-	-	
Hamburg		218	96	247	68	116	36	58	66	69	
Bremen		-	-	-	-	-	-	-	-	-	
Arbeitslage											
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶⁾											
1 000		741 ⁺	799 ⁺	807	.	.	.	826	.	.	
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	533 ⁺	537	.	.	.	546	.	.	
*Arbeitslose											
Anzahl	1 000	50	12	8	7	7	7	6	5	5	
darunter *Männer	1 000	31	7	4	4	4	4	3	3	3	
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,5	1,0	0,9	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 251 ^a	1 336	.	.	.	1 398	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	467 ^a	458	.	.	.	465	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 636 ^a	1 473	.	.	.	1 653	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	171 ^a	173	.	.	.	174	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	113	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	20	11	17	21	17	15	18	22
*Kälber	1 000 St	5	5	3	3	2	4	3	3	2
*Schweine	1 000 St	81	107	87	98	97	115	109	118	123
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	1	2	1	3	2	2	2
*Gesamtschlachtgewicht ⁷⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	13,0	9,9	12,2	13,1	14,2	13,1	14,6	15,7
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,4	2,3	3,7	4,5	4,0	3,4	4,1	4,8
*Schweine	1 000 t	5,9	8,2	7,3	8,2	8,3	10,0	9,4	10,2	10,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	227	215	213	216	239	225	228	223
*Kälber	kg	49	51	57	55	57	54	55	57	54
*Schweine	kg	89	86	85	85	86	89	88	88	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	153	193	173	147	213	204	185	152
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	10,9	14,0	12,1	10,3	14,7	14,6	12,8	10,5
*Milchanlieferung an Molkeereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	92	92	91	91	92	92	91
INDUSTRIE ⁸⁾										
*Beschäftigte	1 000	164	174	174	174	176	177	176	176	177
darunter *Arbeiter ⁹⁾	1 000	136	142	142	143	144	143	143	142	143
*Geleistete Arbeiterstunden ¹⁰⁾	1 000	24 439	24 761	24 982	22 330	25 557	25 052	23 540	22 266	24 681
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	69,6	70,3	70,1	74,2	79,3	78,2	79,1	82,5
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	22,9	22,6	22,7	22,9	25,5	26,2	25,9	25,8
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ¹¹⁾	74	68	56	58	71	58	58	55	57
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	11 193	11 843	11 022	11 204	10 078	10 656	10 872	10 536
Heizölverbrauch	1 000 t	31	45	47	46	48	53	48	51	55
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	88	86	84	89	92	87	89	94
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	22	20	21	21	22	20	22	22
*Umsatz ¹²⁾	Mill. DM	479	584	548	567	624	631	607	578	641
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	79	73	68	111	84	77	66	68
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	278	271	264	r 268	288	279	248	267
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		592	698	662	653	666	823	732	783	772
Industrie der Steine und Erden		193	254	293	290	r 289	308	315	317	306
Hochofen- und Stahlwerke		157	161	147	153	172	143	148	150	159
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	154	178	87	r 144	150	152	93	123
Mineralölverarbeitung		688	1 132	1 308	1 228	r 1 210	1 363	1 337	1 192	1 508
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 176	1 109	1 144	r 1 138	1 157	1 059	1 087	1 090
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	113	124	118	r 110	119	116	113	102
papierherstellende Industrie		256	313	319	327	r 298	312	311	322	303
Schiffbaues		312	297	286	249	r 266	239	225	186	161
Maschinenbaues		273	340	278	493	r 288	298	298	235	263
elektrotechnischen Industrie		508	702	673	571	r 659	601	569	467	559
feinmechanischen und optischen Industrie		609	819	717	759	r 734	822	773	794	766
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	222	216	187	r 222	260	237	213	229
ledererzeugende Industrie		116	96	89	74	r 92	60	58	80	70
Schuhindustrie		217	243	128	171	r 259	268	207	136	224
Textilindustrie		195	200	188	126	r 199	155	142	89	117
Bekleidungsindustrie		127	151	115	119	r 141	173	134	106	157
Fleischwarenindustrie		169	196	175	191	r 190	223	207	202	216
fischverarbeitende Industrie		189	197	136	162	r 214	203	144	184	232
Molkereien und milchverarbeitende Industrie		121	129	163	141	r 111	189	184	150	124
tabakverarbeitende Industrie		227	253	249	239	r 249	270	261	260	260
Bauproduktion		190	227	249	249	r 234	280	284	r 260	249

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) gewerbliche Schlachtungen 8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 9) einschl. gewerblicher Lehrlinge 10) einschl. Lehrlingsstunden 11) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 12) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren a) Dezember b) Winterhalbjahr

1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1961/62 = 22

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	131	88	85	112	108	83	91	109
*Stromverbrauch ¹³⁾	Mill. kWh	143	175	169	175	192	199	185	191	208
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁴⁾	Mill. cbm	17	18	16	17	16	19	17	18	16
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe ¹⁵⁾										
*Beschäftigte	1 000	55 228	61 829	62 956	63 588	63 507	p64 514	p64 693	p65 783	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 618	10 933	10 563	10 738	p11 168	p10 919	p10 811	...
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	4 172	4 746	4 523	4 574	p 4 612	p 4 313	p 4 397	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	32,2	36,6	36,7	37,3	p 43,2	p 42,7	p 42,9	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,2	2,4	2,2	2,2	p 2,6	p 2,6	p 2,7	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	101,4	110,7	117,8	116,8	p 120,0	p 126,9	p 140,5	...
Baugenehmigungen ¹⁶⁾										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹⁷⁾		922	1 071	1 064	1 460	1 164	1 090	1 031	1 502	1 596
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	332	389	285	353	290	366	376	333
Veranschlagte reine Baukosten ¹⁷⁾										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	97,1	93,6	102,6	114,8	107,6	111,5	134,6	132,6
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	66,3	70,4	83,6	79,1	79,0	78,1	100,8	104,2
*Umbauter Raum in allen Gebäuden ¹⁷⁾										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 369	1 396	1 465	1 574	1 473	1 528	1 858	1 776
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	862	932	1 064	1 031	960	926	1 252	1 260
*Wohnungen ¹⁸⁾		2 109	2 479	2 748	3 022	3 043	2 839	2 733	3 548	3 350
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 247	2 439	2 789	2 829	2 448	2 397	3 273	3 100
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹⁹⁾		1 533	2 162	1 710	1 365	2 462	1 436	946	1 238	1 668
Wohnräume ²⁰⁾		6 064	8 767	6 853	5 793	10 284	5 827	3 696	5 113	6 723
HANDEL UND GASTGEWERBE										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1961=100	.	.	98	102	105	106	113	108	111
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	.	102	105	107	103	114	108	112
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	.	92	93	95	107	113	100	96
*Hausrat und Wohnbedarf		.	.	89	94	101	102	95	99	104
*Sonstige Waren		.	.	99	99	103	114	114	109	113
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	355	634	422	527	634	449	537
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 376	1 883	810	625	1 023	728	2 589	1 196
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	14 304	15 060	14 939	12 410	17 258	15 161	15 760	16 475
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	33 732	31 236	28 249	35 753	33 337	29 610	32 339	33 703
*Ausfuhr nach Warengruppen ²¹⁾	Mill. DM	67,7	89,5	90,9	89,4	114,0	112,1	60,5	86,5	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	6,6	4,8	4,8	5,0	4,3	4,2	4,9	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	82,9	86,2	84,7	109,0	107,7	56,2	81,7	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,1	3,3	3,6	3,1	3,3	3,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,5	8,0	6,7	6,3	9,4	6,9	8,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	71,4	75,0	74,7	99,1	95,3	46,0	70,2	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,4	3,1	2,5	3,2	3,4	3,5	4,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	68,0	71,9	72,2	95,9	91,9	42,5	66,2	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ²¹⁾										
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	18,1	14,8	15,7	12,1	27,6	14,8	26,4	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,3	5,0	4,5	3,2	5,4	5,4	5,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,0	4,9	6,4	5,0	15,3	4,4	15,9	...
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	46,5	54,7	52,0	78,4	63,7	26,9	38,2	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	8,7	7,6	5,3	5,8	6,7	5,1	6,8	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	9,5	3,9	3,7	4,3	3,1	3,1	11,6	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	17,1	33,2	32,9	58,2	38,6	9,1	8,7	...
Schweden	Mill. DM	6,3	4,2	3,9	3,4	3,6	8,4	3,6	4,5	...
Fremdenverkehr ²²⁾										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	140	220	367	291	114	212	340	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	17	25	53	37	13	22	51	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	896	1 490	3 249	2 870	430	1 334	2 899	...
darunter *Auslandsgäste	1 000	33	34	48	119	84	24	43	107	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 13) einschl. Verluste 14) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 15) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 16) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 17) nur Neubau und Wiederaufbau 18) nur Normalwohnungen 19) Normalbau 20) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 21) 1962 = vorläufige Zahlen 22) ab Mai 1962 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
VERKEHR										
Seeschifffahrt ²³⁾										
Güterempfang	1 000 t	377	508	574	637	580	602	567
Güterversand	1 000 t	102	150	147	143	188	160	160
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	154	168	163	181	151	224	193	184
*Güterversand	1 000 t	195	270	311	297	339	339	317	359	348
Nord-Ostsee-Kanal ²⁴⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		5 645	6 437	7 273	7 351	7 629	7 055	7 252	7 575	7 263
darunter deutsche	%	65,5	63,7	64,7	63,1	66,6	65,4	64,6	64,2	64,7
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 397	3 514	3 722	3 662	3 496	3 717	3 844	3 917
darunter deutscher Anteil	%	30,3	28,5	31,2	31,4	29,9	27,5	28,0	27,4	26,8
Güterverkehr	1 000 t	3 840	4 786	5 010	5 177	5 165	4 856	5 197	5 266	5 283
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	32,6	30,5	33,7	33,6	31,2	29,9	30,2	30,7	29,9
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 304	2 395	2 232	2 327	2 461	2 536	2 196	2 405
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 462	2 615	2 945	2 838	2 395	2 661	3 070	2 879
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 271	4 731	3 588	3 884	5 555	4 932	4 236	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	123	219	151	98	143	133	74	...
*Personenkraftwagen		2 107	3 081	3 339	2 405	2 798	4 229	3 677	3 071	...
*Kombinationskraftwagen		175	242	272	255	186	345	283	264	...
*Lastkraftwagen		293	374	430	355	360	432	421	399	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		2 513	3 493	3 584	4 431	4 440	3 293	3 563	3 949	p 4 212
davon										
*mit Personenschaden		918	1 100	1 234	1 335	1 370	1 069	1 282	1 266	p 1 387
*nur mit Sachschaden		1 595	2 393	2 350	3 096	3 070	2 224	2 281	2 683	p 2 825
*Getötete Personen ²⁵⁾		40	50	63	67	52	39	55	61	p 65
*Verletzte Personen		1 130	1 394	1 557	1 742	1 777	1 374	1 697	1 714	p 1 856
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB) ²⁶⁾										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	4 943 ^d	4 655	4 711	4 727	5 265	5 378	5 414	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	1 436 ^d	1 458	1 439	1 396	1 574	1 635	1 628	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	1 425 ^d	1 454	1 434	1 391	1 563	1 627	1 622	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^d	3 506 ^d	3 197	3 272	3 330	3 691	3 743	3 786	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	3 022 ^d	2 766	2 839	2 895	3 179	3 217	3 254	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁶⁾	Mill. DM	2 067 ^d	3 090 ^d	2 921	2 928	3 006	3 243	3 245
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 369 ^d	1 295	1 294	1 361	1 397	1 397
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^d	1 071 ^d	1 024	1 037	1 064	1 079	1 062	1 102	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	1 721 ^d	1 626	1 634	1 646	1 846	1 866
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	1 159 ^d	1 087	1 093	1 099	1 247	1 257	1 264	1 279
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	85	74	88	75	84	86
*Laatschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	70	60	80	63	68	66
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	8	6	5	10	4	6	5	2
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	2	2	3	-	-	1	-	-
Wechselproteste		636	754	725	741	804	639	648
Anzahl										
Wert	1 000 DM	465	552	573	547	643	532	505
STEUERN ²⁷⁾										
*Landesteuern	1 000 DM	32 185	54 928	80 578	43 385	42 025	40 468	89 972	46 089	44 758
darunter										
*Vermögensteuer	1 000 DM	1 463	2 393	469	561	4 002	5 554	827	332	5 571
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	5 432	5 237	5 291	5 140	6 008	5 702	6 423	5 885
*Biersteuer	1 000 DM	420	561	551	610	703	533	627	618	775
*Bundessteuern	1 000 DM	93 577	121 732	135 072	118 186	114 208	111 422	140 735	125 064	117 730
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	39 324	39 192	41 106	40 401	38 812	37 035	45 974	46 608
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 253	1 205	1 471	1 368	1 167	1 320	1 427	1 301
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 529	7 953	8 346	9 585	2 801	8 252	10 893	2 683
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	49 191	48 236	48 889	47 498	54 875	51 400	47 819	51 745
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	35 876	33 219	35 788	34 246	35 691	33 482	37 945	34 308
*Notopfer Berlin ²⁸⁾	1 000 DM	354	44	67	28	13	12	95	16	16
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 077	2 614	2 176	8 816	11 305	3 281	3 485	8 530

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

23) Monatsangaben 1961/62 = vorläufige Zahlen 24) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 25) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 26) Monatszahlen: Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 27) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr 28) ohne Abgabe auf Postsendungen d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1961	1961			1962			
				Monats-Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²⁹⁾	1 000 DM	37 688	66 828	109 769	52 417	43 836	39 369	121 810	54 100	43 931
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	*14 013	25 257	22 365	31 818	30 871	22 793	26 199	37 117	36 828
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	30 164	62 667	16 890	9 733	14 428	71 766	13 508	6 590
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	617	1 344	1 173	1 717	601	873	1 604	341
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	10 790	23 393	2 535	1 515	1 547	22 973	1 870	172
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	77 034 ⁺	.	78 280 ^e	.	.	.	79 248 ^e	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 982 ⁺	.	7 178 ^e	.	.	.	6 952 ^e	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	12 710 ⁺	.	12 184 ^e	.	.	.	13 334 ^e	.
Baulandsteuer	1 000 DM	238 ^e	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	52 299 ⁺	.	54 009 ^e	.	.	.	53 038 ^e	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 029 ⁺	.	4 909 ^e	.	.	.	5 686 ^e	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 530 ⁺	.	6 440 ^e	.	.	.	5 649 ^e	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslands Güter	1950=100	100	94	93	93	93	94	94 ^p	92	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	132	131	131	132	131	133	133	134 ^p	130
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100	101,9	101,6	101,7	101,8	103,1	103,1	103,1	103,1
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	p 102,4 ^g	101,5	102,0	102,2	107,0	107,4 ^p	107,4 ^p	101,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100	121,8	.	.	125,0	132,4	.	.	p 132,9
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100 ^f	p 106,4 ^g	104,8	103,9	105,0	r 108,3	r 108,3	107,9	108,5
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	103	103	104	104	107	108	110	107
Preisindex für die Lebenshaltung ³⁰⁾	1958=100	100	105,0	105,6	105,8	105,5	109,2	109,8	110,3	108,6
darunter										
Ernährung	100	103,6	105,5	105,6	104,6	110,2	111,5	112,3	107,3	
Wohnung	100	118,0	117,6	118,4	118,5	121,3	121,3	122,3	122,3	
Heizung und Beleuchtung	100	103,7	102,6	102,8	103,2	104,2	104,5	105,1	105,7	
Bekleidung	100	104,0	103,9	104,0	103,9	106,8	106,9	107,0	107,1	
Hausrat	100	101,1	100,6	100,8	101,0	103,3	103,4	103,6	103,8	
LÖHNE UND GEHÄLTER ³¹⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³²⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	146,78	.	.	150,07	164,41
darunter Facharbeiter	DM	124,34	156,59	.	.	159,34	174,62
*weiblich	DM	67,56	88,45	.	.	89,51	97,29
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	307,9	.	.	314,4	344,6
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	327,0	.	.	332,9	365,1
*weiblich	Pf	152,9	203,6	.	.	204,7	228,2
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,0	47,7	.	.	47,7	47,7
*weiblich	Std.	44,2	43,4	.	.	43,7	42,6
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,3	.	.	44,2	43,7
*weiblich	Std.	41,4	40,5	.	.	40,8	38,8
Angestelltenverdienste										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie ³²⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	732	.	.	745	784
*weiblich	DM	382	475	.	.	486	513
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	850	.	.	874	908
*weiblich	DM	403	500	.	.	514	527
im Handel ³³⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	679	.	.	683	722
*weiblich	DM	331	409	.	.	411	432
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	706	.	.	757	746
*weiblich	DM	259	360
in Industrie ³²⁾ und Handel ³³⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	696	.	.	702	741
*weiblich	DM	347	428	.	.	433	455
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	842	.	.	868	900
*weiblich	DM	391	494	.	.	508	522

*) wird in allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 29) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 30) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1958 31) Effektivverdienste: 1958 und 1961 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 32) einschl. Baugewerbe 33) Handel, Geld- und Versicherungswesen e) l. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr 1961/62 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B*

	Zeit ¹⁾	Einheit	1950	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961
HANDEL UND GASTGEWERBE.										
Index der Einzelhandelsumsätze		1960=100	100	109
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	580,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1 194,0	1 074,1
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	47,1	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1	78,9
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	533,8	652,2	723,2	751,0	834,8	1 100,9	995,2
in % des Bundes			1,0	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5	2,1
Fremdenverkehr²⁾										
Fremdenmeldungen	JS	1 000	387	988	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544	1 665
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	20	156	182	183	181	187	206	201
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 239	5 539	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779	10 698
darunter Auslandsgäste	JS	1 000	48	329	384	392	402	411	409	402
VERKEHR										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	4 019	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822	6 102
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 324	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726	1 798
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 169	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649	1 851
Güterversand	JS	1 000 t	.	2 002	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852	3 239
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe	JS		47 271	62 911	62 402 ^a	66 588	67 738	73 443	77 729	77 244
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	31 279	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527	40 762
Güterverkehr	JS	1 000 t	29 907	46 595	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653	57 191
und zwar										
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	30,4	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2	30,5
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	23 533	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228	27 642
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	23 062	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426	29 549
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	29 456	29 793	33 040	39 140	42 967	45 683	51 251
darunter Pkw ³⁾	JS		4 780	13 727	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012	36 977
Kraftfahrzeugbestand										
Kraftfahrzeuge	1. 7.	1 000	66 ^b	188	204	225	246	273	307	341
darunter										
Krafträder	1. 7.	1 000	22 ^b	70	72	73	69	64	60	55
Pkw	1. 7.	1 000	20 ^b	65	75	92	113	140	172	206
Lkw	1. 7.	1 000	16 ^b	28	27	28	28	28	29	31
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle	JS		9 912	20 687	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856	41 918
Getötete Personen ⁴⁾	JS		208	400	428	416	477	504	564	596
Verletzte Personen	JS		5 910	12 028	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687	16 725
GELD UND KREDIT										
Spareinlagen	31. 12.	Mill. DM	131	606	704	871	1 054	1 294	1 534	1 721
je Einwohner	31. 12.	DM	51	266	310	385	463	565	664	738
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE⁵⁾										
Laufend unterstützte Personen	Ende Rj.	1 000	85,1	61,2	72,5	64,9	60,0	55,4	53,1	46,1
je 1 000 Einwohner	Ende Rj.		33,5	27,1	32,2	28,7	26,3	24,2	23,0	19,7
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	73,4	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4	88,5
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	32	37	38	40	40	29	38
ÖFFENTLICHE FINANZEN										
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	252	289	330	375	435	543	659
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	27	31	37	42	47	57	65
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	71	110	127	146	165	190	236	284
Bundessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	838	964	1 027	1 098	1 245	1 333	1 461
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	311	326	340	353	381	427	472
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	181	366	424	455	484	545	580	628
Steuern vom Einkommen ⁶⁾	Kj. (JS)	Mill. DM	150	294	324	374	437	511	656	802
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	128	142	166	193	224	285	345
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	187	199	219	236	268	321	334
darunter										
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	99	110	126	140	169	221	229
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	82	88	97	104	126	140	144
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	Ende Rj.	Mill. DM	780	1 454	1 518	1 482	1 631	1 763	1 830	1 802
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	Ende Rj.	Mill. DM	75	298	355	430	497	562	617	712
darunter Kreditmarktmittel	Ende Rj.	Mill. DM	23	119	160	215	264	325	371	447

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit A 1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben für 1950 (nur Sommerhalbjahr) aus 110, ab 1955 aus 165 Berichtsgemeinden 3) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 4) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zellen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung ¹⁾ am 30. 6. 1962			Arbeitslose am 30. 9. 1961	Einnahmen aus Gemeinde- steuern vom 1. 1. - 30. 6. 1962 in 1 000 DM	Schlüssel- zuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rj. 1962 in 1 000 DM	Aufwand der öffentlichen Fürsorge ³⁾ im Rj. 1961 in DM je Einw.
	ins- gesamt	Veränderung in % gegenüber Volkszählung					
		1939 ²⁾	1950 ²⁾				
Flensburg	97 465	+ 38	- 5	416	8 221	4 600	32,94
Kiel	272 243	- 1	+ 6	1 443	28 400	14 166	34,56
Lübeck	236 684	+ 53	- 1	1 036	26 870	13 418	36,28
Neumünster	75 184	+ 39	+ 2	263	7 053	2 821	28,85
Eckernförde	64 831	+ 53	- 24	155	3 093	6 439	35,30
Eiderstedt	19 199	+ 27	- 27	46	1 341	1 417	27,25
Eutin	90 021	+ 75	- 16	365	5 203	7 578	28,20
Flensburg-Land	65 107	+ 46	- 17	161	2 345	7 734	24,86
Hzgt. Lauenburg	132 053	+ 81	- 12	337	7 714	10 896	25,23
Husum	63 543	+ 34	- 19	150	3 329	5 140	23,74
Norderdithmarschen	57 800	+ 30	- 25	116	3 237	4 389	21,84
Oldenburg (Holstein)	79 960	+ 51	- 20	316	4 187	6 091	22,45
Pinneberg	220 644	+ 98	+ 10	492	17 989	13 241	20,92
Plön	110 189	+ 63	- 11	402	4 923	10 045	25,41
Rendsburg	159 486	+ 62	- 13	434	9 049	12 241	23,74
Schleswig	97 958	+ 26	- 23	129	5 177	9 184	27,52
Segeberg	96 744	+ 80	- 13	86	4 175	8 010	21,53
Steinburg	122 490	+ 42	- 22	202	9 905	6 634	25,75
Stormarn	146 615	+ 116	+ 0	315	10 171	9 853	21,01
Süderdithmarschen	72 097	+ 34	- 27	72	4 907	5 284	26,32
Südtondern	61 576	+ 33	- 14	109	4 156	5 726	24,44
Schleswig-Holstein	2 341 689	+ 47	- 10	7 045	171 446	164 907	38,19

Kreisfreie Stadt Landkreis	Industrie ⁴⁾		Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1962			Straßenverkehrsunfälle im 2. Vj. 1962		
	Beschäftigte am 31. 7. 1962	Umsatz ⁵⁾ in Mill. DM im Juli 1962	Kraft- räder	Pkw ⁶⁾	Lkw	Unfälle	Getötete ⁷⁾	Verletzte
Flensburg	7 409	31,5	1 290	9 671	1 433	538	-	157
Kiel	34 405	61,6	3 940	28 047	3 836	1 473	5	531
Lübeck	34 815	88,9	3 927	22 287	3 720	1 137	11	465
Neumünster	13 170	23,4	1 056	7 629	1 158	361	1	161
Eckernförde	1 802	4,4	1 398	6 463	688	270	2	138
Eiderstedt	408	2,4	619	2 116	270	66	3	35
Eutin	4 305	14,7	2 622	9 455	1 335	370	5	191
Flensburg-Land	806	2,4	1 473	8 054	784	206	5	101
Hzgt. Lauenburg	9 074	20,6	3 801	13 366	1 385	456	6	242
Husum	898	2,7	1 405	6 738	895	241	7	95
Norderdithmarschen	1 122	2,4	1 989	6 328	952	221	2	72
Oldenburg (Holstein)	1 128	6,0	2 043	8 123	1 008	338	5	155
Pinneberg	19 833	76,5	3 913	23 607	3 225	953	12	417
Plön	1 881	9,1	2 663	10 972	1 308	368	9	174
Rendsburg	9 758	23,0	3 122	16 328	2 210	607	12	303
Schleswig	4 369	25,5	1 817	11 023	1 302	415	14	139
Segeberg	5 028	17,2	2 234	11 930	1 486	492	2	244
Steinburg	10 571	42,3	3 001	11 819	1 903	453	9	167
Stormarn	8 471	85,8	3 336	16 525	1 873	610	10	303
Süderdithmarschen	5 470	33,3	1 342	7 547	817	233	10	101
Südtondern	1 003	4,4	1 706	6 869	1 037	212	5	103
Schleswig-Holstein	175 726	578,0	47 697	244 897	32 625	10 020	135	4 294

1) vorläufiges Ergebnis

2) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1962

3) einschl. Tbc-Hilfe

4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung)

5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

6) einschl. Kombinationskraftwagen

7) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit — Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Ham- burg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bayern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹⁾ in 1 000	31. 3. 1962	54 563	2 333	1 841	6 686	714	16 073	4 878	3 446	7 881	9 624	1 088
Veränderung in % 31. 3. 1962 geg. VZ 1939 ²⁾	"	+ 36	+ 47	+ 8	+ 47	+ 27	+ 35	+ 40	+ 16	+ 44	+ 36	+ 20
31. 3. 1962 geg. VZ 1950 ²⁾	"	+ 14	- 10	+ 17	- 1	+ 31	+ 24	+ 15	+ 17	+ 25	+ 6	+ 14
Bevölkerungsdichte ³⁾ Einwohner je qkm	"	220	149	2 464	141	1 768	473	231	174	220	136	424
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen ¹⁾ in 1 000	Mai 1961	6 526	304	184	830	85	1 878	568	446	912	1 173	146
je 1 000 Einwohner	"	121	131	100	126	120	118	118	130	117	123	137
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁴⁾ in 1 000	30. 6. 1962	21 223	826	842	2 406	305	6 854	1 853	1 187	3 127	3 459	363
Arbeitslose in 1 000	31. 7. 1962	85	5	4	12	3	27	5	6	3	19	x
je 100 Arbeitnehmer ⁵⁾	"	0,4	0,6	0,4	0,5	1,0	0,4	0,3	0,4	0,1	0,6	.
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1960	276 ^a	10	17	30	5	92	25	14	41	43	.
in DM je Einwohner	"	5 271 ^a	4 204	9 282	4 506	6 988	5 865	5 192	4 051	5 343	4 585	.
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestände in 1 000 Stück												
Pferde	3. 6. 1962											
Rindvieh	"	13 992	1 398	19	2 775	20	1 927	901	785	1 897	4 202	68
darunter Milchkühe (einschl. Zugkühe)	"	5 956	465	7	1 028	6	812	411	338	882	1 971	35
Schweine	"	16 247	1 653	27	4 549	16	2 736	1 123	764	1 748	3 560	70
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Juli 1962	1 931	185	3	419	3	308	121	87	239	556	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,6	12,8	13,4	13,2	13,5	12,1	9,5	8,3	8,8	9,4	9,9
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁶⁾ in 1 000	31. 5. 1962	8 062	177	234	736	95	2 877	688	370	1 455	1 255	175
je 1 000 Einwohner	"	148	76	127	110	133	179	141	107	185	130	161
Umsatz ⁶⁾ in Mill. DM	Mai 1962	24 900	631	1 114	2 579	382	9 373	1 938	1 092	4 103	3 295	394
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 828	84	156	442	54	1 371	326	168	670	434	122
Produktionsindex ⁷⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	282	288	259	367	244	.	334	333	298	299	.
BAUWIRTSCHAFT ^{1) 8)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	31. 5. 1962	1 488	65	50	187	22	420	125	89	233	267	32
je 1 000 Einwohner	"	27,3	27,6	27,3	28,0	31,4	26,1	25,6	25,7	28,5	27,7	29,3
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Mai 1962	254	11	8	33	4	72	20	16	41	44	5
je Einwohner	"	4,7	4,8	4,6	4,9	5,4	4,5	4,1	4,5	5,2	4,5	4,9
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁹⁾ Anzahl	Juni 1962	57 731	2 733	1 346	6 835	682	15 644	4 808	3 785	9 014	11 786	1 098
je 10 000 Einwohner	"	10,6	11,7	7,3	10,2	9,6	9,7	9,9	11,0	11,4	12,2	10,1
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	31 523	946	2 267	2 735	580	7 808	6 230	1 520	4 924	3 994	519
je 10 000 Einwohner	"	5,8	4,1	12,3	4,1	8,1	4,9	12,8	4,4	6,2	4,2	4,8
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Juni 1962	4 296 ^b	60	146	485	53	1 494	378	187	713	454	147
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle ¹⁾ Anzahl	2. Vj. 1962	248 260	10 020	14 900	26 471	3 869	76 744	24 494	15 008	33 318	39 572	3 864
je 10 000 Einwohner	"	45	43	81	40	54	48	50	44	42	41	36
Getötete Personen Anzahl	"	3 206	135	74	505	29	902	248	214	430	596	73
je 1 000 Unfälle	"	13	13	5	19	7	12	10	14	13	15	19
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹⁰⁾	2. Vj. 1962	120	71	231	87	139	136	138	87	126	110	74
Bundessteuern ¹¹⁾	"	189	156	679	138	372	207	163	133	175	145	111
Gemeindesteuern	"
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹²⁾ in DM je Einwohner	30. 6. 1962	1 089	800	1 479	996	1 183	1 168	1 085	947	1 125	1 042	1 012

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland: Stand am 14. 11. 1951 3) Gebietsstand: 31. 12. 1961 4) Arbeiter, Angestellte und Beamte 5) Beschäftigte u. Arbeitslose 6) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 u. mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 7) Gesamtindex (ohne Bau) 8) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 9) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 10) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 11) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 12) ohne Postspareinlagen a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des lfd. Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Ausländer 1961	8/249
Bevölkerung 1960	1/8
Wohnbevölkerung nach der Volkszählung	8/232
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen 1960	5/140
Gesundheitswesen	
Krankheiten, Meldepflichtige -	8/240
Unterricht, Bildung und Kultur	
Akademische Prüfungen	6/188
Ingenieurschulen 1960/61	1/24
Jugendgruppen 1961	2/60
Lehrerbedarf und Lehrernachwuchs	4/108
Lehrernachwuchs	6/187
Pädagogische Hochschulen	6/188
Schulen, Allgemeinbildende - 1961	2/36
Turnen und Sport	2/60
Wahlen	
Bundestagswahl 1961, repräsentativ	2/38
Kommunalwahlen März 1962	7/200
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsplatzwechsel der Arbeitnehmer	8/242
Streiks	5/155
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Baumschulen 1961	8/251
Betriebe, Landw. - nach Hauptbetriebsart	2/41
Betriebe, Landw. - über 100 ha	4/110
Bodennutzungssysteme	7/205
Gemüse 1961	4/124
Getreideernte und ihre Verwertung	2/46
Getreide 1961	4/125
Handelsdünger 1960/61	1/10
Milchwirtschaft 1961	6/168
Obsternte 1961	2/61
Schlacht tier- und Fleischbeschau	1/12
Schweinebestand März 1962	5/154
Vieh- und Fleischwirtschaft 1960/61	6/170
Zwischenfruchtanbau 1961	2/62
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Kapitalgesellschaften 1961	5/149
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1961	6/182
Industrie 1961	6/177
Produktion, Industrie- 1960	1/15
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauwirtschaft 1961	5/142
Handel und Gastgewerbe	
Fremdenverkehr Sommer 1961	5/146
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	7/213
Konsumgenossenschaften 1960	4/127
Verkehr	
Berlin- und Interzonenhandel 1960	3/79
Bundesbahn, Verkehr der -	8/248
Güterbewegungsstatistiken	3/76
Pkw-Bestand, Voraussichtlicher -	4/128
Straßen, Klassifizierte -	8/248
Straßenverkehrsmittel, Öffentliche -	2/49

Geld, Kredit und Versicherungswesen

Boden- und Kommunalkreditinstitute	7/217
Hypotheken 1961	8/246
Kredite und Einlagen 1961	8/235
Spareinlagen 1900 bis 1960	3/81
Zahlungsschwierigkeiten 1961	6/185

Öffentliche Finanzen

Finanzausgleich, Kommunal -	6/187
Gewerbesteuer-Meßbeträge 1958	4/114
Steueraufkommen 1961	5/152
Umsätze 1960	2/54
Umsatzstruktur 1960	4/116
Vermögensmillionäre	2/63
Verschuldung, Öffentliche -	8/243

Preise

Baupreisstatistik	1/19
Gaststätten, Preise in - 1960	4/119
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	8/250

Löhne und Gehälter

Handwerk, Löhne im -	3/85
Landwirtschaft, Löhne in der - 1961	6/174

Versorgung und Verbrauch

Verbrauch in Haushalten	3/90
-------------------------	------

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt Verarb. Gewerbe	1/4
--------------------------------------	-----

Verschiedenes

Schleswig-Holstein von 1956 bis 1962	9/262
--------------------------------------	-------

Neu erschienen:

Statistische Berichte

CO/Landwirtschaftszählung 1960 - 6

„Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1960 nach
Hauptkulturarten und Anbau auf dem Ackerland“

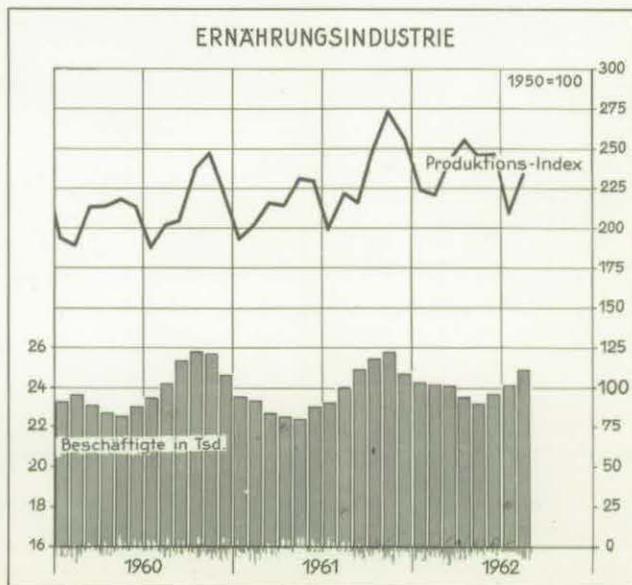
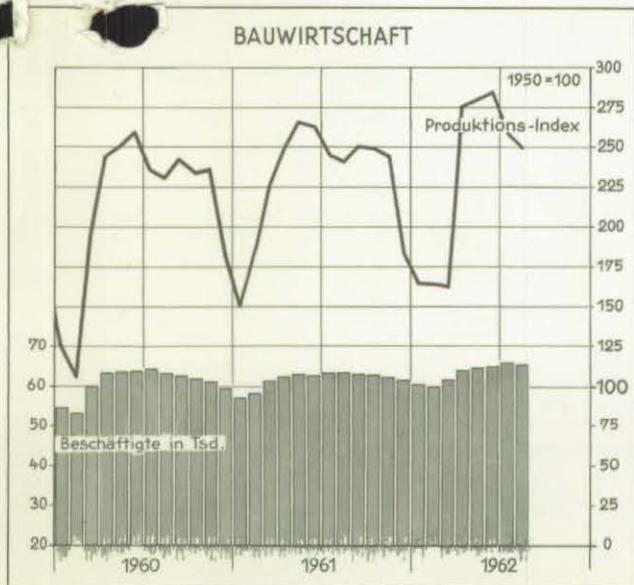
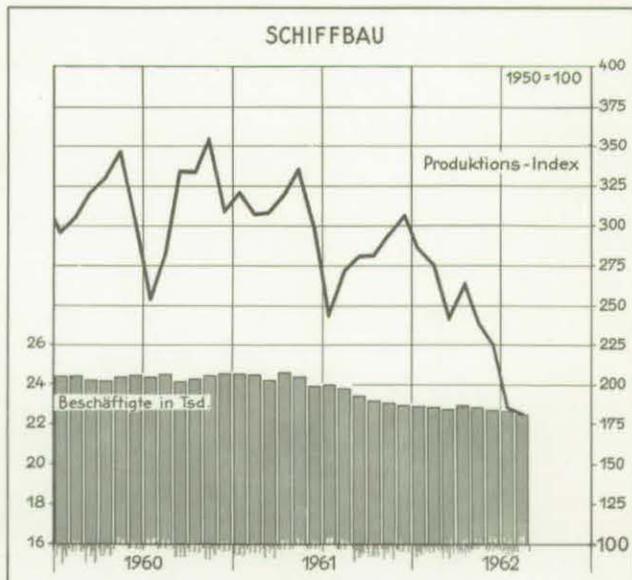
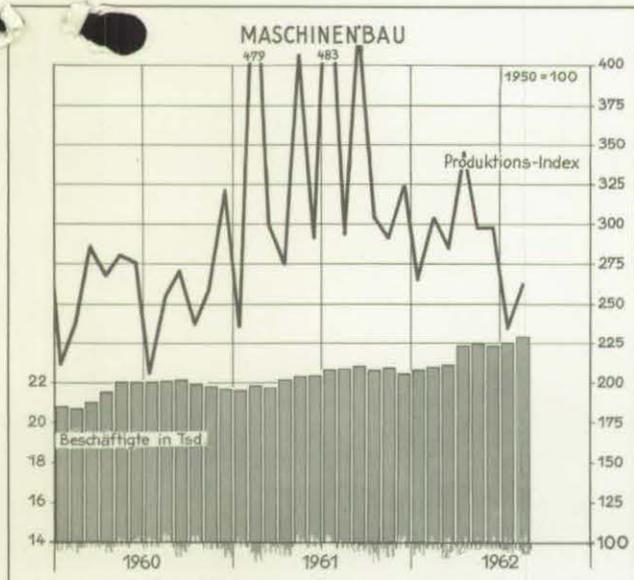
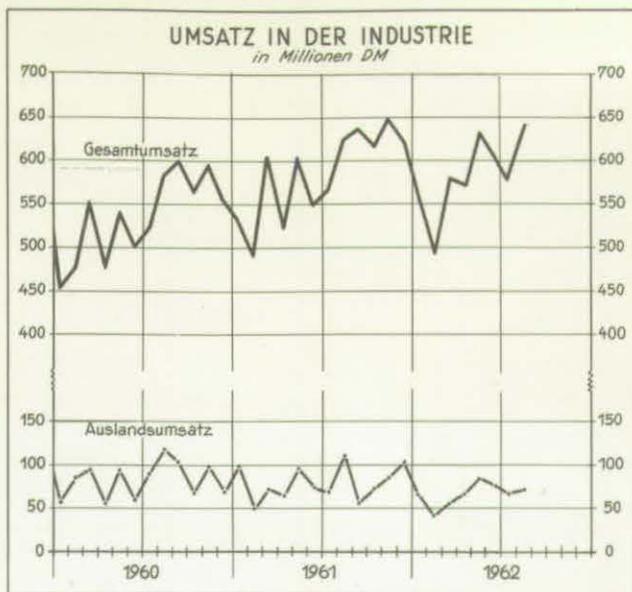
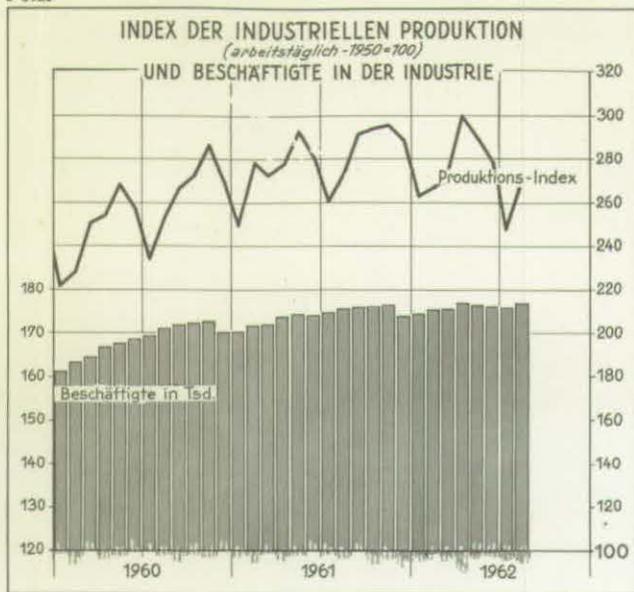
40 Seiten, Preis 2,30 DM

L II 3 „Die Umsätze der steuerpflichtigen Unternehmen
in Schleswig-Holstein im Jahre 1961“

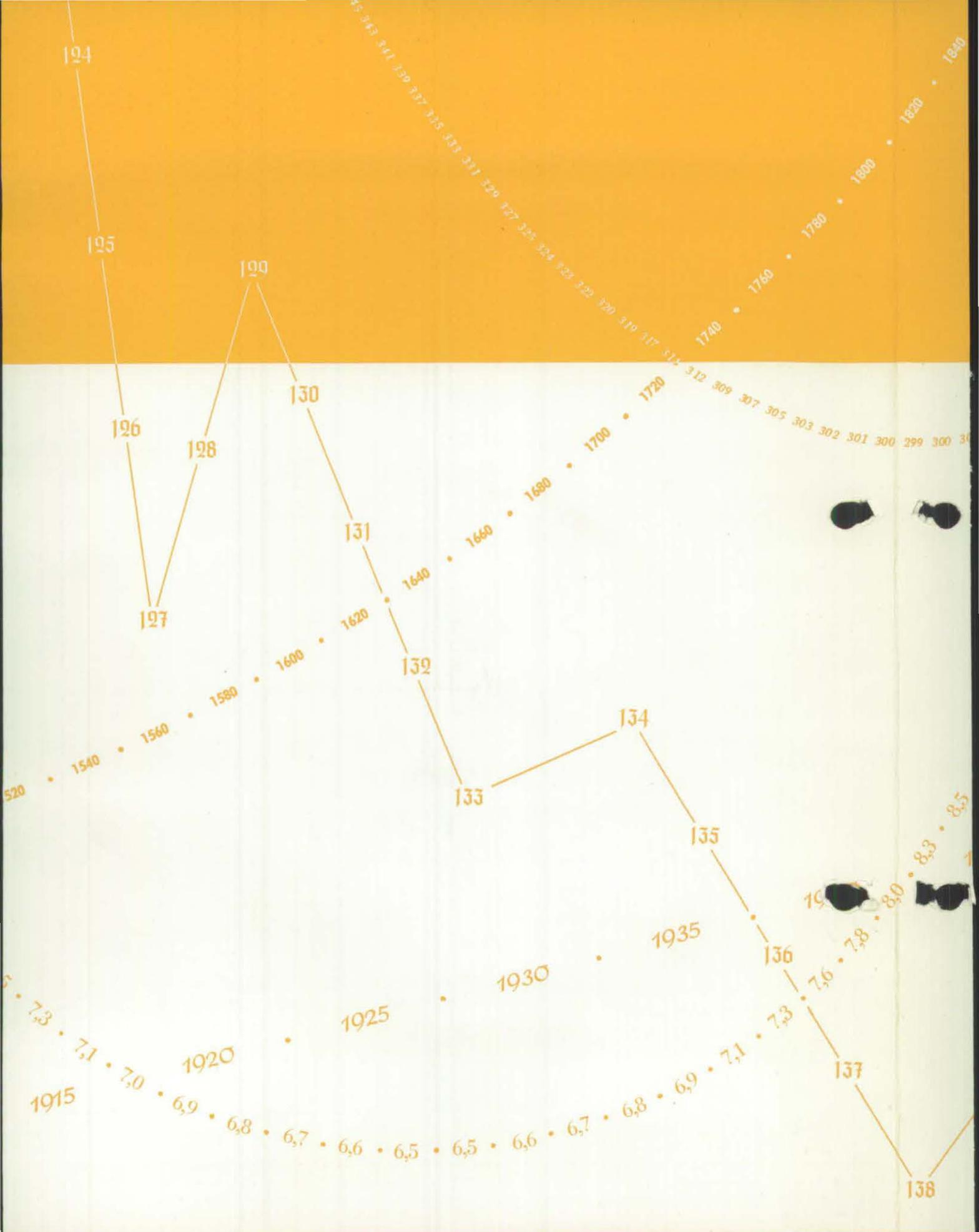
70 Seiten, Preis 4,00 DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B*

D-3025



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen